Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

251 (26.10.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455218

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 150.00 Mark, dazu 11.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 150.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 450.00 Mark, monatlich 150.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 7 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 4.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 3.00 Mk., für Anzeigen aus wörtiger Inserenten 6.00 Mk., Anzeigen im Reklameteil die 4 Millimeterzeile 25.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Donnerstag, 26. Oktober 1922 * Nr. 251 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Positive Politik.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Reichstag hat mit 314 gegen 76 Stimmen den am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählten Sozialdemokraten Fritz Ebert bis zum 30. Juni 1925 in seinem Amte bestätigt. Er hat mit weit mehr als der notwendigen Zweidritteimehrheit eine Verfassungsänderung vollzogen, die den bisherigen vorläufigen Inhaber des Reichspräsidentenstuhles zum verfassungsmäßigen Oberhaupt der Republik erklärt. Die Bedeutung dieses staatsrechtlichen Aktes ist durch einen feierlichen Besuch des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten unterstrichen worden, dem sich die Gratulationen der ausländischen Diplomaten anschließen werden. Für uns ist dieses Ereignis zugleich ein Zeugnis der Politik, die wir seit dem Zusammenbruch des alten Systems, seit der Schaffung der deutschen Republik, folgerichtig betrieben haben. Nirgends in der Partei hat sich eine Stimme dafür erhoben, daß man den Parteigenossen, der an der Spitze des Deutschen Reiches steht, von parteiwegen aus seinem Amte zurückberufen sollte. Auf der anderen Seite haben die bürgerlichen Parteien, indem sie mit einziger Ausnahme der Deutschnationalen dem gegenwärtigen Reichspräsidenten ein stark unterstrichenes Vertrauensvotum ausstellten, das Eingeständnis abgelegt, daß sie selber ohne die Hilfe der Sozialdemokratie oder wenigstens eines Sozialdemokraten von der Bedeutung unseres Genossen Fritz Ebert mit der Regelung unserer staatlichen Angelegenheiten nicht fertig werden können.

Neben dem Akt der Zusammenfassung, den die Abstimmung vom 24. Oktober tatsächlich darstellt, zeigt sich zugleich eine tiefgehende Zerklüftung, ein breites Auseinanderklaffen der Gegensätze, ein Tendieren unserer innerpolitischen Verhältnisse zur Krise. Dieselben Parteien, die eben erst gemeinsam für Ebert gestimmt hatten, trennten sich bei der folgenden Abstimmung über den Preis des Umlagegetreides, und der alte Ledebour hatte im Grunde gar nicht so unrecht, wenn er unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Regierungskoalition bei einer wichtigen Abstimmung auseinandergefallen war, eine weitere Klärung der Lage im Parlament selbst verlangte.

Aber der Umlagepreis ist ja noch lange nicht die wichtigste Frage. Der Brotpreis — und das übersieht man in der Oeffentlichkeit nur zu oft — hängt nur zu geringem Teil von ihm ab. Mag der Umlagepreis hoch oder niedrig sein, in der Hauptsache wird unser Brotpreis jetzt auf den Börsen der ganzen Welt gemacht; denn wir kommen ohne Auslandsgetreide nicht aus, und der Preis dieses Auslandsgetreides wächst lawinenhaft mit dem Fallen der Mark. Der Fall der Mark, — das ist das Problem, das alle Klassen der Bevölkerung, alle Wirtschaftskreise, jeden Mann und jede Frau täglich und bis in die Träume der Nacht hinein verfolgt. Hier muß geholfen werden, wenn überhaupt geholfen werden kann.

Seit Wochen ist der Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, mit allen Kräften bestrebt, Maßnahmen durchzusetzen, die geeignet sind, den katastrophalen Sturz der Mark aufzuhalten. Er findet dabei von seiten der sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion die entschiedenste Unterstützung. Er hat aber dabei ebenso sehr mit schen Widerständen der bürgerlichen Parteien zu rechnen. In diesem Kampf der unterstützenden und hemmenden Kräfte ist es nun so gekommen, daß Robert Schmidt von den geplanten umfassenden Maßnahmen zunächst nur eine einzige durchsetzen konnte, die vielbesprochene und vielumkämpfte Devisenordnung. Sie ist für sich genommen nur ein Torso, ein Bruchstück, und die bürgerlichen Gegner der von Schmidt befürworteten Wirtschaftspolitik handeln von ihrem Standpunkt aus nur konsequent, wenn sie ihre Beseitigung verlangen. Denn wird die Wirkung der Devisenverordnung nicht durch positive Währungs- und finanzpolitische Maßnahmen unterstützt, dann ist sie für sich allein so gut wie nicht vorhanden, die Devisenverordnung also überflüssig. Gegen die positiven Maßnahmen zur Stützung unserer Währung gegen die Schaffung eines wertbeständigen Inlandpapiers, gegen eine systematische Aktion zur Stützung der Mark wehren sich die bürgerlichen Parteien heftig. An diesem Widerstand, nicht etwa an ausschweifenden Forderungen oder gar an Krisengelüsten der Sozialdemokratischen Partei droht das Kabinett Wirth jetzt zu scheitern.

Käme es der Sozialdemokratischen Partei darauf an, mit großen Redensarten und weitausholenden Gebärden aus der Regierungstür herausfahren, so hätte sie dazu schon oft passendere Gelegenheiten gefunden. Aber das lag nicht in ihrer Absicht. Es liegt in ihrer Absicht auch jetzt nicht. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht man die Dinge viel zu ruhig und nüchtern, als daß man glauben würde, man könnte durch Veranstaltung eines großen Regierungskrachs die Lage der Arbeiter auch nur um das Geringste verbessern. Es wird weder den Arbeitern, noch der Republik, noch dem deutschen Volk als Ganzes besser gehen, wenn eines Tages die Sozialdemokraten nicht mehr in der Regierung sitzen werden.

Auf der anderen Seite aber ist mit der allergrößten Deutlichkeit das folgende zu betonen: Die Sozialdemokratische Partei sitzt nicht in der Regierung, um zuzusehen, wie die andern Politik machen. Sie sitzt auch nicht in der Regierung, um die Prügel einzustecken, die andere verdient haben. Sie ist in die Regierung gegangen und bisher in ihr verblieben nicht mit überschwänglichen Hoffnungen auf die Möglichkeit glänzender Erfolge, wohl aber mit der Erwartung, es werde ihr möglich sein, durch ihre positive Mitarbeit an der Lage der breiten arbeitenden Massen etwas zu bessern. Kommt sie zu der Erkenntnis, daß ihr die Möglichkeiten einer solchen positiven Politik von den bürgerlichen Parteien abgeschnitten worden sind, so verliert ihre Beteiligung an der Regierung ihren Zweck und ihren vernünftigen Sinn.

Die Reichstagsfraktion hat aus ihrer Mitte eine Reihe volkswirtschaftlicher Sachverständiger bestellt, die mit der Gesamtregierung über die bekannten positiven Forderungen zum Schutz unserer Währung verhandeln sollen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die weitere Entwicklung der deutschen inneren Politik abhängen.

Wer ist schuld?

„Die sozialdemokratische Regierung ist an allem schuld!" Das kann man in jeder Straßenbahn hören. Sie ist schuld daran, daß die Preise steigen, daß es keine Wohnungen gibt, daß es uns so viel schlechter geht als in der Vorkriegszeit. Im Reiche haben wir aber

als sozialdemokratische Minister nur:

Vizekanzler und Reichsschatzminister Bauer,
Reichswirtschaftsminister Schmidt,
Justizminister Radbruch,
Reichsminister des Innern Köster;

dagegen bürgerliche Minister:

Reichskanzler Wirth (Zentrum),
Reichsfinanzminister Hermes (Zentrum),
Reichsarbeitsminister Brauns (Zentrum),
Reichspostminister Giesberts (Zentrum),
Reichsernährungsminister Fehr (Bayer. Bauernbund),
Reichsschatzminister Geßler (Demokrat),
Eisenbahnminister General Groener.

Die Mehrheit des Reichskabinetts ist also nicht sozialdemokratisch, sondern bürgerlich, ebenso die Mehrheit des Reichstages. Und der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag und Regierung, die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft dem Wucher und der Ausbeutung Tür und Tor geöffnet hat, haben wir es in erster Reihe zu verdanken, wenn die Preise immer höher, die Nöte des Volkes immer größer werden!

Die fällige Erhöhung der Postgebühren.

Die Postgebühren werden jedenfalls zum 1. Dezember wesentlich mehr erhöht werden, als es bisher vorgesehen war. Der Reichspostminister hat dem Verkehrsbeirat ein Schreiben übermittelt, das sich mit der Gebührenerhöhung befaßt und in dem festgestellt wird, daß für den Rest des Rechnungsjahres 1922 die Reichspost mit einem Fehlbetrag von 50 Milliarden Mark rechnen muß. Schon deshalb wird eine Gebührenerhöhung um 100 Prozent für Briefsendungen ab 1. Dezember für unbedingt notwendig gehalten. Es werden also voraussichtlich kosten: Postkarten im Ortsverkehr 3 Mk., im Fernverkehr 6 Mk.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mk., über 20 Gramm 8 Mk., im Fernverkehr 12 Mk., über 20 Gramm 16 Mk. Für jedes Telegramm wird ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 Mk. und danaben die Erhebung einer Wortgebühr von 10 Mk. vorgeschlagen. Für Ortstelegramme und Pressetelegramme soll ab 1. Dezember die Hälfte dieser Gebühren entrichtet werden. Ueber die Neuregelung der Fernsprechgebührentarife macht das Postministerium keinen endgültigen Vorschlag, jedoch stellt es anheim, in Zukunft die Regelung so zu gestalten, daß die Einrichtungsgebühren in voller Höhe erhoben, die Grundgebühren möglichst niedrig gehalten und die Einzelgesprächsgebühren dementsprechend erhöht werden.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen teilte am Dienstag ein Regierungsvertreter mit, daß im November eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz eingebracht werden wird. Der Ausschuß wird diese Vorlage abwarten, ehe er über die notwendigen Teuerungsmaßnahmen Beschluß faßt. — Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich am Dienstag mit den Anträgen, die die Reichsregierung ersuchen, auf Antrag an gemeinnützige Anstalten außerordentliche Beihilfen zu leisten. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß schnelle und ausreichende Hilfe notwendig ist. Eine Unterkommission wird gemeinsam mit Vertretern der Regierung und der Interessenten über die Durchführung der Hilfeleistung beraten.

Internationaler Freihandelskongreß.

In Frankfurt a. M. begann am Montag der Internationale Freihandelskongreß, an dem sich auch Mitglieder des englischen Cobden-Klubs beteiligen. Cobden, der große englische Freihandelsapostel, würde sich noch im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte, wie schlecht die Welt seine Parole: „Freihandel und Frieden!" befolgte. Der schutzzöllnerische Imperialismus war einer der schlimmsten Kriegstreiber. Doch das war vor dem Krieg. Aber auch die Handelspolitik der Nachkriegszeit zeigt der Welt, wie wahr das bekannte Wort Hegels ist, wonach die Geschichte lehrt, daß sie die Menschen nichts lehrt. Alle Erfahrungen des Krieges sind umsonst gewesen. Kein Freihandel, keine gegenseitige Meistbegünstigung. Im Gegenteil. Der Versailler Frieden legt Deutschland einseitig die Meistbegünstigung auf, die Siegerstaaten dagegen errichten Schutzzollmauern, höher und dicker als sie je zuvor waren. Amerika geht mit einem schlechten Beispiel voran. Der neue amerikanische Zolltarif macht die Einfuhr wichtiger deutscher Produkte nach Amerika glatt unmöglich. Dabei weiß jedes Kind, daß ohne Export nach Amerika Deutschland auch nichts von Amerika beziehen kann. Es gehört ferner bereits zum politischen A B C, daß Deutschland ohne Großexport seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Der Export nach Rußland kann nur ganz allmählich sich entwickeln, der nach Amerika dagegen könnte rasch und kräftig Hilfe bringen. — Und England? Es hat seine Galgen-Dumpingzölle, die sich hauptsächlich gegen Deutschland richten. Italien, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Schweden und Spanien haben diese herrliche Erfindung in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Namen nachgeahmt. Was nach England geht, ist kein Handelsobjekt im guten Sinne des Wortes, es ist Valutaware, Ausverkauf, Produkt der Not und Ausbeutung. — Und Frankreich? Seine zollpolitische Rüstung gegen Deutschland ist bekannt. Frankreich jagt jede merkantilistischen Ideen nach. Es will seine Industrie als Basis für den frangösischen Militarismus, koste es, was es wolle, ausbauen — also hemmungslose Schutzzollpolitik. Und das genügt ihm noch nicht. Es beeilt sich auch noch, bei den handelspolitischen Verhandlungen Deutschlands mit neutralen Ländern Schwierigkeiten zu machen.

Wenn während des Krieges Militärs und Oekonomen für einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege rüsteten, so konnte man ihnen diesen Unsinn damals verzeihen. Kriegshypnose! Aber heute? Nach all den Erfahrungen? Vielleicht gelingt es dem Frankfurter Freihandelskongreß, der Forderung Deutschlands in Genua, handelspolitisch die Gleichberechtigung wiederherzustellen, Nachdruck zu verleihen. Zeit wäre es; denn wir sind bereits mitten auf dem Weg zur Katastrophe.

Das kommunistische Kampfziel.

Die Einheitsfront herstellen und gemeinsam die Reaktion schlagen! So predigen die Kommunisten landauf, landab, und wie beschließen sie hinter verschlossenen Türen in Sachsen zu dem gegenwärtigen Wahlkampfe? Man vernehme:

„Der Kampf ist mit aller Schärfe und allen Mitteln gegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei zu führen. Die Rechtsparteien lassen wir liegen. Haben wir erst die Sozialdemokratie erledigt, dann werden wir mit den bürgerlichen Parteien fertig!"

Entsprechend dieser Richtlinie handeln die Moskaujünger. Wo sie nur können, versuchen sie die sozialdemokratischen Versammlungen zum Tummelplatz ihrer Dauerredner zu machen. Gegenüber einer solchen planmäßig organisierten Kampfesweise ist die schärfste Abwehr im Interesse des Kampfes gegen die reaktionären Parteien geboten.

Thüringer Regierungsfragen.

Aus Weimar meldet eine bürgerliche Korrespondenz: Der Thüringer Landtag trat Montag nachmittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Den Anlaß gab der Ausfall der ersten Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen, die den Rechtssozialisten eine Mehrheit von rund 55 000 Stimmen erbrachte. In einem ausgiebigen Pressefeldzug wurde von beiden Richtungen hierzu Stellung genommen. Während die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihre Opposition gegen die derzeitige Thüringer Regierung in verschärfter Form fortsetzten und einen Volksentscheid über die Landtagsauflösung durchzusetzen versuchten, unterstützte die Deutsche Demokratische Partei lediglich einen Antrag auf Regierungsumbildung, um auf diese Weise dem Volkswillen gerecht zu werden und in der Zeit der größten wirtschaftlichen Not dem Volke den harten Wahlkampf zu ersparen. Die Sozialdemokratische Partei vertritt dagegen die Auffassung, daß zu einer Aenderung in der Zusammensetzung der Regierung zunächst kein Anlaß vorliegt.

Das neue englische Kabinett.

Kabinettschef: Bonar Law; Schatzkanzler: Stanley Baldwin; Krieg: Leslie Wilson; Auswärtiges: Lord Curzon; Kolonien: Lord Derby; Handel: Steel-Maitland; Marine: Oberst Amery; Inneres: Griffith Boscawen; Kultus: Sir Samuel Hoare; Schottland: Sir George Younger; Indien: Lord Peel. Zum unionistischen Einpeitscher soll Sir Robert Sanders ernannt werden.

Bei dem neuen Kabinett fällt besonders auf, daß alle Gegner Lloyd Georges in ihm aufgenommen sind. Darunter auch der bisherige Einpeitscher der Konservativen Younger.

Lloyd George hofft.

Blättermeldungen zufolge wird Lloyd George am Donnerstag seine Amtswohnung in Downing Street 10 verlassen, in die in der nächsten Woche Bonar Law überzusiedeln gedenkt. Der Umstand, daß Lloyd George seine neue Wohnung vorläufig nur auf einige Monate gemietet hat, wird als bedeutsames Anzeichen dafür aufgefaßt, daß er nur mit einem Provisorium rechnet. Lloyd George ist jetzt zuversichtlich gestimmt und rechnet damit, daß das Wahlergebnis eine neue Konstellation schaffen wird, die ihm unter Umständen es ermöglichen wird, im Frühjahr wieder die Regierung zu übernehmen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Eine interalliierte Sonderkommission hat die Kosten für die Besetzung Oberschlesiens auf 10 Millionen Franken festgesetzt, wovon Deutschland und Polen je die Hälfte tragen sollen. — Die Ernennung des bisherigen Vertreters der Reichsregierung in München, Gesandten Graf Zech, zum Gesandten in Helsingfors wird jetzt amtlich bekannt gegeben.

Landesbibliothek Oldenburg

Bürgerliche Verdrehungen.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitete Aktion gegen die Währungskatastrophe findet in der bürgerlichen Presse durchschnittlich eine Beurteilung, die mehr als irreführend ist. Man behauptet u. a., daß die Sozialdemokratie Sehnsucht nach einem „Erholungsurlaub" den Winter hindurch hat, um im Frühjahr wieder in die Regierung einzutreten, und daß sie zu diesem Zweck parteitaktische Momente in den Vordergrund schiebe, die schließlich das Kabinett Wirth unmöglich machen sollen.

Gerade die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war bisher die stärkste Stütze der Regierung Wirth, und sie wird nach wie vor diese stärkste Stütze bleiben, wenn sich die Regierung Wirth, den Bedürfnissen des werktätigen Volkes entsprechend, wenigstens wie es im Augenblick not tut, zu Taten aufrafft. Wir haben kein Programm mit positiven Forderungen zur Stabilisierung der Mark aufgestellt, um dann aus der Regierung zu verschwinden, nein, wir haben ein Programm fixiert, das durchzuführen wir mit dem Koalitionskabinett Wirth bereit sind. Letzten Endes kann es aber nur zweierlei geben: Entweder schreitet die gesamte Regierung zu positiven Maßnahmen und sie bedient sich dabei der Vorschläge, die die Sozialdemokratie als einzige Partei von allen deutschen Parteiorganisationen bisher gemacht hat, oder aber sie unterläßt das, was die Not des Volkes dringend erfordert, tut nichts, wie es die bürgerlichen Parteien scheinbar wünschen, und dann muß man sich damit abfinden, daß Veränderungen in dem bestehenden Regierungsverhältnis unvermeidlich werden. Ist das Parteitaktik? Ist es Parteitaktik, wenn die Sozialdemokratie für das Volk eintritt und positive Maßnahmen fordert, oder ist es Parteitaktik, wenn, wie die bürgerlichen Parteien das bis heute getan haben, alles gegen die Not des Volkes unterlassen wird, dagegen eifrig für die Interessen derjenigen Kreise eintreten, die durch positive Maßnahmen um ihre Spekulationsgewinne gebracht werden?

Diejenigen, die uns heute parteitaktische Momente vorwerfen, könnten dem Volke einen Dienst erweisen, wenn sie sich ernsthaft mit den Forderungen der Sozialdemokratie, die in ihrer Tendenz bekannt sind, beschäftigen und sie in Ermangelung eigener Ideen, eigener Schritte und Wege empfehlen würden. Das würde dem Volke sicherlich wertvoller sein als der Vorwurf der Parteitaktik gegen die Sozialdemokratie von Leuten, die sich seit Monaten ausschließlich von parteitaktischen Momenten leiten lassen.

Mangelhafte Kartoffelversorgung.

Schon vor Beginn der Kartoffelernte wurden alle Ermahnungen der Verbraucher an die Regierungsstellen, dafür zu sorgen, daß die Kartoffelversorgung sichergestellt und der Abtransport ohne Schwierigkeiten ermöglicht wird, tröstend beantwortet. Mehrfach wurde die diesjährige Kartoffelernte als glänzend hingestellt und u. a. mitgeteilt, daß der Transport besonders geregelt werden soll und Höchstpreise nicht nötig seien, da das große Angebot preisregulierend wirken würde. Es ist anzuerkennen, daß das Reichsverkehrsministerium nichts unterlassen hat, um allen Anforderungen in bezug auf den Kartoffeltransport gerecht zu werden. Bei den 6 Millionen Tonnen, die schätzungsweise der Eisenbahn zur Beförderung übergeben werden, sind bereits in der Zeit vom 1. September bis 16. Oktober in 128 300 Waggons 2 Millionen Tonnen befördert worden. Aber trotzdem kommen aus verschiedenen Gegenden des Reiches lebhafte Klagen über eine mangelhafte Versorgung mit Kartoffeln und über außerordentlich hohe Preise. Genosse Grebel hat bereits im Reichstag angefragt, was die Regierung gegen die offensichtliche Zurückhaltung von Kartoffeln durch die Landwirte, die bessere Preise erwarten, zu tun gedenkt. Die Regierung hat geantwortet, daß ihr von seiner absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln nichts bekannt sei. Jetzt hat auch das sächsische Wirtschaftsministerium eine ähnliche Anfrage an das Reichsernährungsministerium gerichtet und gefragt, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um der in Sachsen beobachteten Zurückhaltung der Kartoffeln entgegenzutreten. Der Erzeugerpreis betrage jetzt schon 300 bis 550 Mark. Das Reichsernährungsministerium kann bei bewußter Zurückhaltung von Vorräten auf Grund der Preistreibereien verordnend einschreiten. Bisher scheint davon aber überhaupt nicht oder nur sehr wenig Gebrauch gemacht worden zu sein. Im Interesse der Verbraucher ist dringend zu wünschen, daß die Reichsstelle, die den Kartoffelwucherern gegenüber bisher geübt wurde, aufgegeben und energisch durchgegriffen wird. Der Winter wird an sich schwer genug werden. Wenn die Regierung nicht den Mut aufbringt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern, dann kann eine Verschärfung der drohenden Krise nicht ausbleiben.

Um die Devisenverordnung.

Die Devisenverordnung ist nach wie vor heftig umstritten. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich bereit, einige Abänderungen, die sich als notwendig herausgestellt haben, zuzulassen. Sie hat jedoch sehr starke Bedenken dagegen, daß das geschieht, bevor die von ihr für die Stützung der Mark vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt sind. Sie dürfte deshalb in der Donnerstagvormittag stattfindenden Fraktionsführer-Besprechung ihre Zustimmung zur Abänderung der Devisenverordnung davon abhängig machen, daß zuerst die Stützungsaktion für die Mark und die innere Goldanleihe beschlossen werden.

•

Der Reichskanzler führte am Mittwoch nachmittag mit den Vertretern der Großbanken eine Besprechung, die sich auf die Devisenverordnung und auf Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark bezog. Wie wir erfahren, ist nur ein Teil der Bankdirektoren der Auffassung, daß die Devisenverordnung aufgehoben werden wird, während ein anderer Teil die Ansicht vertritt, daß sich jetzt eine Aufhebung nicht möglich machen läßt. Positive Vorschläge zur Stabilisierung der Mark haben auch die Vertreter der Banken nicht gemacht, so daß also nach wie vor die einzig vorhandenen Vorschläge zur Eindämmung der Währungskatastrophe von der Sozialdemokratie angeregt wurden. Das Grundübel unseres Elends sehen die Vertreter der Banken in der passiven Handelsbilanz. Sie sind deshalb der Auffassung, daß zunächst hier Abhilfe geschaffen werden muß.

Der Unfug des Schülervereinswesens.

Der preußische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch u. a. mit dem Fall des Primaners Studentrauch. Genossin Wegscheider zeigte in einer längeren Rede die skandalösen Zustände an den höheren Schulen und verlangte vom Minister, daß er der politischen Hetze an den Schulen ein Ende mache. Der Minister wies darauf hin, daß im Fall Studentrauch sowohl vom Direktor des Gymnasiums wie vom Provinzialschulkollegium Fehler gemacht worden seien und daß gegen beide Stellen disziplinarisch vorgegangen werden wird. Das Schülervereinswesen sei zu einem Unfug ausgeartet. Heute aber gelte es weniger den Kampf um die Staatsform als den Kampf um die Erhaltung des Staates selbst. — Der Landtag vertagte sich dann bis zum 21. November.

Ausnutzung von Ablagen der Zellulosefabriken.

Die Genossen Eggerstedt und Pußla haben an die Reichsregierung folgende Kleine Anfrage gerichtet: „Deutschland braucht für gewerbliche, insbesondere technische Zwecke, rund 1½ Millionen Hektoliter Spiritus. Da die Kartoffelbrennereien zur Sicherung der Volksernährung eingeschränkt bleiben müssen und der größte Teil der Maisbrennereien trotz der Einfuhr von rund drei Millionen Doppelzentner Mais in den Monaten Juni, Juli, August aus spekulativen Gründen den Betrieb stillgelegt hat, herrscht eine große Spiritusknappheit. Der Bedarf an gewerblichem Spiritus kann jetzt nur noch mit großen Schwierigkeiten gedeckt werden. Ist der Reichsregierung bekannt, daß noch große Mengen Sulfatablaugen der Zellulosefabriken, aus denen noch mindestens 300 000 Hektoliter Spiritus gewonnen werden können, unausgenützt in die Flüsse geleitet werden? Mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen könnten schon in der allernächsten Zeit mindestens 60 000 Hektoliter gewerblicher Spiritus davon erfaßt werden. Diese 60 000 Hektoliter würden bei dem jetzigen Preis von 12 600 Mark pro Hektoliter Sulfatspiritus 756 Millionen Mark kosten. Dieselbe Menge aus Mais gewonnen würde bei dem jetzt geforderten Preis von 60 000 Mark pro Hektoliter Maisspiritus dem Reich 3 Milliarden 600 Millionen Mark, und zwar in Devisen, kosten. Was gedenkt die Reichsregierung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu tun, um bei allen Zellulosefabriken, wo die Vorbedingungen gegeben sind, die Ausnutzung dieser Ablaugen durchzuführen?"

Unsere Forderungen.

Aus der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben: Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Reichsregierung über Maßnahmen, die geeignet sind, den fortschreitenden Währungsverfall einzudämmen, sind am Mittwoch nachmittag fortgesetzt worden. Als Grundlage für diese Verhandlungen dienten die Beschlüsse, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung gefaßt hat.

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist nach unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stützung der Mark. Zu diesem Zweck ist ein Devisenfonds bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist leider nur deshalb nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung anderweitige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Ressorts so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fallen der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungsaktion auch die Devisenkontrolle verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wildesten Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (event. in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungskonsortium) und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungsverpflichtungen abgegeben werden.

Andererseits muß den eine wertbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel suchenden Kapitalbesitzern Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen, ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern. Als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Kräftigung der notwendigen Stützungsaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspolitischen, sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuereinziehung beschleunigt und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Luxuseinfuhr durch Zollerhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbots, eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf auch unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinkbranntwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennereizwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstage einen Antrag auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Ueberzeugung ist, daß der „Segen der freien Wirtschaft" zur Anhungerung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gesteigerten Kohlenlieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz wesentlich beeinflußt ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die noch nicht beendet wurden, sollen am Donnerstag in Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt werden. Je nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der kurzen Tagung zusammentreten wird, um ihrerseits die sich aus der Lage ergebenden Schritte zu beschließen.

50proz. Erhöhung der Gütertarife.

Durch die erhebliche Entwertung der Mark stiegen auch bei der Reichsbahn die sachlichen und persönlichen Ausgaben ungeheuer. Die geltenden Eisenbahngütertarife werden deshalb zum 1. November um 50 Prozent erhöht. Die Tarifermäßigung für Kartoffeln und Obst bleibt bestehen.

Das Stinnes-Abkommen nicht gescheitert.

Aus Paris wird gemeldet: Zu den Gerüchten über die unmöglich gewordene Ausführung des Stinnes-Lubersac-Abkommens erklärt „Oeuvre", daß es zu einer Berichtigung dieser Behauptung ermächtigt sei. Das Abkommen sei nicht gescheitert, sondern im Stadium der Verwirklichung. Es seien mit anderen Firmen der Stinnesgruppe Verträge namentlich wegen Kundlöungslieferung abgeschlossen worden.

Vom Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof hat den 21jährigen Landwirtschaftslehrling Rudolf Fiepke aus Greifswald zu insgesamt 9 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 3 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Er hatte in Schönhausen a. d. Elbe den gegen die beiden Rathenaumörder erlassenen Haftbefehl abgerissen und dafür ein Spottgedicht angeklebt.

Neue Kohlenforderungen.

Vor einiger Zeit war bei der Reichsregierung eine Note eingetroffen, worin die Reparationskommission eine Steigerung der deutschen Kohlenlieferungen verlangt. Die Regierung hat diese Note eingehend mit Sachverständigen beraten und will sehen, mit den Alliierten zu Verhandlungen zu kommen, um dabei ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Trotzdem die deutsche Regierung nur mit äußerster Anstrengung und durch eine empfindliche Schädigung der eigenen deutschen Interessen die bisher gemachten Kohlenlieferungen hat ausführen können, fordert jetzt der Wiedergutmachungsausschuß eine Mehrlieferung von über 200 000 Tonnen monatlich.

Diese Forderung ist unerfüllbar. Deutschland hat schon bisher trotz des Tiefstandes der Mark englische Kohlen einführen müssen, um seine eigene Wirtschaft vor dem Erliegen zu bewahren und um die Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke in Betrieb erhalten zu können. Die weiter fortschreitende Entwertung des deutschen Geldes habe jetzt die Einfuhr englischer Kohle unmöglich gemacht. In den letzten Monaten hat Deutschland monatlich für 8 bis 9 Milliarden Mark ausländische Kohle einführen müssen.

Am Sonnabend wird die Regierung erneut mit Industriellen über die Kohlenfrage beraten.

Regierungskrise in Bayern?

Zu den Andeutungen unseres Parteiorgans, der „Münchener Post", daß ein Regierungswechsel in Bayern wegen der bayerischen Teuerungsdenkschrift bevorstehe, schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in auffallend zurückhaltender Weise: „Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Bayerischen Volkspartei brauchen aber nicht die Ursache zu weitgehenden Folgen zu sein, wie sie in der „Münchener Post" angedeutet sind." — Die „Augsburger Volkszeitung" gibt zu, daß sich die Lage erheblich zugespitzt hat und daß sich Graf Lerchenfeld vor folgenschwere Entscheidungen gestellt sehen könne. Die Denkschrift sei durch den Gang der Ereignisse als erledigt zu betrachten.

Schwarz-weiß-rot in Bayern.

Bei der offiziellen Einweihung des Neubaues des Deutschen Museums in München wurde von der Museumsleitung die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt. Im Münchener Stadtrat verlangten die Kommunisten den Austritt der Stadt München aus dem Deutschen Museum, falls nicht Sicherheit gegen erneute Provokationen solcher Herausforderungen der deutschen Republik geboten wird.

Ablehnung der Beamtenforderungen.

Im Reichsfinanzministerium sprach am Mittwoch vormittag eine Delegation der Spitzenorganisationen der Beamten vor, um die Anberaumung neuer Teuerungsverhandlungen zu beantragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministers lehnte es ab, einen Verhandlungstermin festzusetzen und begründete diesen Standpunkt unter Berufung auf die demokratische Staatsform damit, daß das Ministerium nicht über die vom Reichstag für den Oktober festgesetzten Zulagen hinausgehen könne. Die Vertreter der Spitzenorganisationen werden ihren Vorständen Bericht erstatten und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen. Sie sind der Meinung, daß man mit dem einfachen Hinweis auf die Demokratie in der Zeit unablässig fortschreitender Geldentwertung die Forderung der Beamtenschaft nach neuen Verhandlungen nicht ablehnen kann.

Die Orientkonferenz am 13. November.

Aus Paris wird gemeldet: Nachdem sich Frankreich, England und Italien über die Orientfriedenskonferenz geeinigt haben, hat Poincaré die kemalistische Regierung verständigt, daß die Konferenz am 13. November in Lausanne zusammentreten wird. Die amtlichen Einladungsschreiben werden folgen, doch ist es nicht unmöglich, daß von türkischer Seite gegen Lausanne als Konferenzort Einwendungen erhoben werden.

Die Bolschewisten im Fernen Osten.

Wie verlautet, sind auf der japanischen Botschaft in London Nachrichten eingelaufen, wonach die Truppen des weißrussischen Generals Dietrich von den Bolschewisten im Fernen Osten vollkommen geschlagen worden sind. Die weißen Streitkräfte ziehen sich teils gegen die russisch-chinesische Grenze, teils gegen Wladiwostock zurück. General Dietrich hat einen Befehl erlassen, daß die gesamte Zivilbevölkerung Wladiwostocks nach China abgeschoben werde. Der japanische Befehlshaber verlegte sein Hauptquartier an Bord eines Schiffes. Britische und amerikanische Marinetruppen sind in Wladiwostok gelandet, um ihre Staatsangehörigen zu schützen. In der Stadt herrscht Anarchie, da die Japaner sich zum Abmarsch rüsten und die roten Truppen bereits einmarschieren.

Nach einer Reutermeldung aus Peking hat die chinesische Regierung Verstärkungen an die Grenze geschickt, um den Uebertritt der flüchtenden weißrussischen Truppen zu verhindern.

Eine amerikanische Abrüstungskonferenz.

Ueber Paris wird gemeldet: Nach einer Meldung des „Newyork Herald" beginnt am 12. Dezember in Washington eine Konferenz zwecks Einschränkung der Rüstungen in den mittelamerikanischen Staaten. Unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten nehmen daran teil: Guatemala, Salvador, Nikaragua, Honduras und Costarica. Die Konferenz soll das am 20. Dezember 1907 zwischen den genannten Staaten abgeschlossene Abkommen gemäß den Beschlüssen der Washingtoner Abrüstungskonferenz erweitern.

Mittagskurse.

	26. Oktober	25. Oktober
Amerikanischer Dollar	Mk. 4350	Mk. 4370
Holländischer Gulden	„ 1700	„ 1675
Englisches Pfund	„ 19380	„ 19400
Dänische Krone	„ 868	„ 860

Wettervorhersage.

Morgen schwachwindig, heiter bis [illegible] ohne erhebliche Niederschläge, Nebelgefahr.

Landesbibliothek Oldenburg

Ein Bild trostloser Ernährungszustände.

Wie außerordentlich trostlos sich die Ernährungsverhältnisse infolge des Widerstandes vieler Landwirte entwickeln, zeigt folgendes Telegramm des Stadtrates von Zwickau an den sozialdemokratischen Abgeordneten Meyer (Zwickau): „Die Kartoffelversorgung ist zum Teil infolge des schlechten Erntewetters, zum Teil durch das zögernde Verhalten der Landwirte in diesem Jahre schlechter als in den unglückseligsten Kriegsjahren. Das andauernde Steigen des Dollars veranlaßt die Landwirte, bereits geerntete Kartoffeln zurückzuhalten, um höhere Preise zu erzielen. Erreichbare Angebote über 600 Mark ab Station. Zwangsmaßnahmen des Reiches erscheinen nunmehr unbedingt erforderlich, wenn nicht der Bestand der gegenwärtigen Staatsordnung gefährdet sein soll. Der Stadtrat schlägt im einzelnen Zwangsmaßnahmen bei einem Preise von 500 Mark ab nächster Bahnstation vor."

Massenmaßregelung bei Krupp.

Die Firma Krupp fährt fort, Arbeiter in größerer Anzahl zu maßregeln. Die Streikleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte, nachdem eine Vertrauensmännersitzung des örtlichen Metallarbeiterverbandes am Freitag die Wiederaufnahme beschlossen hatte, ebenfalls einmütig beschlossen, in allen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen. Als die Arbeiter nun Montag morgen an die Betriebe kamen, fanden sie die Tore verschlossen, dafür aber wurde ihnen durch Plakate seitens der Firma verkündet, daß die gesamten Lowabetriebe für den Tag geschlossen seien. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß diejenigen Arbeiter, die am Sonnabend gearbeitet haben, für diese Schicht entlohnt werden und sich Dienstag wieder zur Arbeit zu melden haben, daß dagegen alle Arbeiter, die am Sonnabend gestreikt haben, fristlos entlassen sind. Von dieser Maßregelung werden rund 4000 Arbeiter betroffen. — Wie weiter bekannt wird, hat die Firma Krupp alle Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die an dem Streik beteiligt waren, fristlos entlassen.

Erfolge der Sozialdemokraten in Lettland

Die Wahlen zum ersten lettländischen Parlament, die nach der zweijährigen Existenz der Konstituierenden Versammlung jetzt stattgefunden haben, sind nach einem außerordentlich leidenschaftlich geführten Wahlkampf unter lebhaftester Beteiligung der gesamten Bevölkerung abgeschlossen worden. Von den insgesamt 100 Abgeordneten ist bereits die Parteizugehörigkeit von 97 bekannt; die noch ausstehenden drei Sitze, auf die die Reststimmen entfallen, werden an der Zusammensetzung des Parlaments fast nichts ändern. Das Gesamtergebnis ist, daß die reaktionären Parteien, trotz eines ungeheuren Aufwandes an Mitteln, eine vollständige Niederlage erlitten haben. Auch die in politischer Hinsicht reaktionärsten Minderheiten haben bei den Wahlen schlecht abgeschnitten. Von den bisherigen Koalitionsparteien, die die Regierung in Händen hatten, sind einige vollständig aufgerieben, so daß die bisherige Regierungskoalition aussichtslos geworden ist. Erhalten hat sich von ihnen lediglich der Bauernbund, für den wohl auch ein Teil der neuen Ansiedler gestimmt hat, denen auf Grund des Agrargesetzes der Konstituante Parzellen bis zu 22 Hektar aus dem früheren Großgrundbesitz zugewiesen worden sind.

Den größten Erfolg bei den Wahlen hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei davongetragen. Bei den Wahlen zur Konstituante eroberte sie von insgesamt 152 Sitzen 38. Inzwischen trat aber eine Spaltung der Partei ein; eine rechtsstehende Gruppe sonderte sich ab und trat in die Koalitionsregierung ein, und in der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion verblieben nur 35 Abgeordnete. Jetzt hat die Partei von insgesamt 100 Sitzen 32 bis 33 erobert, während die rechtssozialistische Gruppe es lediglich auf 6 bis 7 Mandate gebracht hat. Beide sozialdemokratischen Richtungen verfügen also gemeinsam über 40 Prozent der Mandate und werden voraussichtlich im Parlament eine ausschlaggebende Rolle spielen. Den Kommunisten war durch die Verhaftung ihrer sämtlichen Führer die Möglichkeit genommen worden, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie proklamierten Wahlenthaltung, wodurch selbstverständlich die Wahlen zugunsten der Rechtsparteien beeinflußt wurden.

Das allgemeine Ergebnis der Wahlen bedeutet einen erfreulichen Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem der wichtigsten ehemals russischen Randstaaten. Trotz der außerordentlichen Ungunst der Verhältnisse hat die lettländische Sozialdemokratie erneut ihre Stärke und Festigkeit erwiesen. Sie hat nicht nur ihre alten Positionen behauptet und die von den kommunistischen Illusionen geheilten Arbeiterschichten um sich gesammelt, sie hat auch der großbürgerlich-agrarischen Reaktion, die alle chauvinistischen und nationalistischen Instinkte aufpeitschte, einen empfindlichen Schlag versetzt. Die natürliche Folge des Wahlausganges muß eine Neubildung der Regierung sein. Wie diese ausfallen wird, steht nach hakin. Jedenfalls muß mit einer starken Linksschwenkung des Regierungskurses in Lettland gerechnet werden.

Politische Rundschau.

Die Einfuhr von Vieh aus Amerika. Der Reichsminister des Innern hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Verfügung des Landwirtschaftsministers entnimmt, für die Einfuhr von amerikanischem Schlachtvieh auf dem Landwege bestimmt, daß die Einfuhr von amerikanischem Vieh auf dem See- wie auf dem Landwege in den städtischen Schlachthof in Duisburg-Meiderich zum Zwecke der alsbaldigen Abschlachtung erfolgen kann.

Neubesetzung preußischer Regierungsstellen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist der bisherige Landrat in Arnsberg, Dr. Hänlein, zum Regierungspräsident in Münster, der bisherige Landrat in Krefeld, Dr. Graffen, zum Regierungspräsident in Trier ernannt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Krefeld wurde Regierungsrat Odenthal betraut.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Sudens bei Jever. Großfeuer. Gestern abend gegen 8 Uhr entstand auf dem Anwesen des Landwirts v. Thüngen ein Großfeuer. Im Nu stand die Scheune in hellen Flammen. Die Ursache des Brandes dürfte Selbstentzündung durch Heu gewesen sein. Die Motorspritze aus Jever war alsbald zur Stelle; doch sie konnte nicht mehr hindern, daß das Anwesen völlig niederbrannte. Den umliegenden Orten dürfte die Jeversche Motorspritze bei derartigen Bränden gut zu statten kommen.

Nordenham. Parteiversammlung. In unserem Bericht von der letzten Parteiversammlung wurde mitgeteilt, daß unsere Mitgliederversammlung am Donnerstag den 26. d. M. stattfinden würde. Dieses trifft nicht zu, sondern sie findet am Donnerstag den 2. November, abends 8 Uhr, im Genossenschaftshause statt.

Ohtebrok. Wilddieberei. In der letzten Zeit hat man auf den Hochmooren Wilddiebe beobachtet, die mit großer Dreistigkeit zu Werke gehen. Sie schießen nur so ins Blaue hinein, daß den Passanten bisweilen die Schrotkörner wie Blei und Hagelwetter um den Kopf fliegen.

Wiesmoor. Entwischt. Am Sonnabend abend sind die Zuchthausgefangenen Schuhmacher Josef Burda und Maler und Anstreicher Gottfried Klein vom Gefangenenarbeitskommando Wiesmoor 1 entwichen. Burda ist 36 Jahre alt und 1,76 Meter groß; Klein ist 31 Jahre alt und 1,74 Meter groß.

Aurich. Drohende Entlassungen. Eine Demonstration von Arbeitern und Arbeiterinnen der Torfgewinnung der Siemens Elektrische Betriebe in Wiesmoor fand hier statt. Etwa 600 Personen, die in der nächsten Zeit zur Entlassung kommen sollen, zogen zum Regierungsgebäude, und eine Abordnung begab sich zum Regierungspräsidenten, um diesem ihre Wünsche vorzutragen. Die Sachlage ist etwa folgende: Für die Torfgewinnung bestand aus schwerwiegenden geschäftlichen Gründen nicht die Möglichkeit, die gesamte etwa 1000 Mann starke Belegschaft den Winter über zu beschäftigen. Sie hatte, um dieses vielleicht doch zu ermöglichen, eine Hilfsaktion der Regierung erbeten, doch ist inzwischen die Kündigung von etwa 600 Arbeitern und Arbeiterinnen ausgesprochen worden. Diese wandten sich an den Regierungspräsidenten, um zu erreichen, daß ihnen auf die eine oder andere Weise den Winter über Beschäftigung gesichert werde. In der sehr ruhig und sachlich verlaufenen Besprechung wurde in Aussicht genommen, diese Frage dem demnächst zusammentretenden Gewerkschaftsausschuß, der sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung im Winter zu beschäftigen haben wird, zu überweisen.

Leer. Vom Heringsfang. Von der hiesigen Heringsfischerei kehrten am Sonnabend und Sonntag Dampfloggger „Karoline" mit 621 Kantjes, „Mathilde" mit 482 und „Alma" mit 674 Kantjes Heringen zurück. Das letztere Schiff dürfte den bisher größten Fang dieses Jahres angebracht haben.

Bremen. Radiale Angeklagte. Zu einer aufgeregten Szene kam es vor der hiesigen Strafkammer, als zwei Angeklagte wegen Diebstahls eines Teppichs zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Nach der Urteilsverkündigung warf einer der Angeklagten mit einem Tintenfaß nach dem Richter und auf ihn vor die Brust. Der andere Angeklagte zerbrach die Schranke der Angeklagtenbank. Die weiblichen Angehörigen der Angeklagten stürmten in den Saal und verschickten den einen Angeklagten zu befreien. Nur mit größter Mühe konnten Gerichtsbeamte wieder Ordnung schaffen. Die „Aktion" wird den Angeklagten und ihren Angehörigen noch sehr viel Kopfweh machen.

Bremerhaven. Das rasende Auto. Ein Bremerhavener Auto, das am Sonnabend nachmittag durch die Lange Straße fuhr, jagte beim Kirchenplatz zunächst gegen einen Handwagen, dessen Führer von der Deichsel einen Schlag gegen die Brust erhielt, so daß er zur Seite flog und längere Zeit betäubt wurde. Sodann überfuhr es eine Frau, die einen Handwagen zog, und fügte dieser derartige Verletzungen zu, daß sie am nächsten Morgen im Krankenhause verstarb.

Harburg. Freche Räuber. Ein Raubüberfall wurde am hellen Tage in Eckel bei Klecken ausgeführt. Dort hatte am Nachmittag der Gemeindevorsteher Peters eine Besprechung mit dem Kaufmann Röhrs, und zwar in einer Stube neben dessen Geschäftsladen. Plötzlich tauchten in der Stube zwei Kerle auf, welche die beiden Verhandelnden mit vorgehaltenen Revolver bedrohten und fesselten. Während die Eindrecher alles durchwühlten, betrat ein Mädchen den Laden, dieses wurde ebenfalls gefesselt. Nachdem die Räuber die vorgefundenen Wertsachen eingepackt hatten, entfernten sie sich schleunigst und entkamen in den Kleckerwald. Obwohl ihre Verfolgung sofort aufgenommen wurde, gelang es bisher noch nicht, sie festzunehmen.

Gerichtliches.

Schlichtungsausschuß Rüstringen-Wilhelmshaven. In der Sitzung am Dienstag den 24. Oktober wurde verhandelt und beschlossen wie folgt: Die Brenner der hier am Orte befindlichen Abwrackwerften hatten durch den Metallarbeiterverband Wilhelmshaven-Rüstringen den Schlichtungsausschuß zwecks Erhöhung der Brennerzulagen auf 10 Mark die Stunde und prozentuale Steigerung dieser Zulagen mit jeder Lohnerhöhung den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Im heutigen Termin begründeten die Antragsteller diese Forderung mit der augenblicklich herrschenden Teuerung der wichtigsten Lebensmittel. Sie gaben an, daß sie als Brenner viel Fett zur Verhütung der Bleivergiftung zu sich nehmen müßten. Die gestellte Forderung sei daher wohl gerechtfertigt. Nach längerer Verhandlung kam der Schlichtungsausschuß zu folgendem Schiedsspruch: Den Brennern sind zu gewähren, und zwar unverzüglich, spätestens ab 1. 11. 1922: 1. pro Tag einen halben Liter Milch und pro Woche ein halbes Pfund Speck in Natura, 2. Brennerzusatz, Handschuhe und Schuhe, 3. im Falle der Bleierkrankung die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von vier Wochen. Die Antragsteller nahmen den Schiedsspruch an. Die Antragsgegner erhielten zur Abgabe einer Erklärung Frist bis Sonnabend den 28., mittags 12 Uhr. — Zum zweiten Male stand die Schlichtungsstreitsache der Arbeiter B., M., Sch. und T. gegen das Gartenamt der Stadt Rüstringen wegen Aufhebung der Kündigung bzw. Wiedereinstellung an. Die Arbeiter sind wegen Betriebseinschränkung am 16. Oktober zum 21. Oktober gekündigt worden. Gegen diese Kündigung ist von sämtlichen Arbeitern rechtzeitig Einspruch beim Betriebsrat erhoben. Die vom Betriebsrat mit dem Magistrat gepflogenen Verhandlungen sind fruchtlos verlaufen. Im Termin am 17. Oktober stellten die Gekündigten den Antrag, die Kündigung für unbegründet zu erklären bzw. die Barentschädigung nach dem BAG. festzusetzen. Der Termin am 17. Oktober wurde auf Antrag der Parteien auf heute vertagt, da über einen vom Betriebsrat gemachten Vorschlag zur Arbeitsstreckung verhandelt werden sollte. Bis heute ist aber zwischen den Parteien keine Einigung erzielt worden. Es wurde daher folgender Schiedsspruch verkündet: Von der jetzigen Belegschaft der Stadtgärtnerei haben ab 25. 10. zu arbeiten: Vier Arbeiter vier Tage in der Woche, sechs Arbeiter 4½ Tag in der Woche und sieben Arbeiter 5½ Tag in der Woche. Die Antragsteller nahmen den Schiedsspruch an. Der Vertreter der Stadt Rüstringen erhielt zur Abgabe einer Erklärung Frist bis Sonnabend den 28., mittags 12 Uhr.

Schwurgericht in Aurich. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) Sitzung vom 24. Oktober. Die heutige Verhandlung richtet sich gegen den Matrosen-Gefreiten Wilhelm Reimann, 1897 in Stringau (Schles.) geboren, nicht vorbestraft, seit 29. März d. J. in Untersuchungshaft, und den ehemaligen Matrosen, Motorenschlosser Wilhelm Hoffmann, 1901 in Bremen geboren, wegen unerlaubter Entfernung, Diebstahls und Unterschlagung vorbestraft, seit 23. Mai d. J. in Untersuchungshaft. Der Eröffnungsbeschluß legt ihnen zur Last, in Wilhelmshaven am 13. Januar d. J. einem Schiffszimmermann mit Gewalt ein Portemonnaie mit 850 Mark Geld entrissen zu haben. Reimann bestreitet die Tat entschieden und gibt ein Bild von seinem Aufenthalt in der fraglichen Nacht. Hoffmann bestreitet ebenso entschieden. Die Tat soll nach einer Bierreise, bei welcher sie in einer Wirtschaft gesehen haben sollen, wie der Ueberfallene Geld bei sich hatte, auf der Straße geschehen sein, indem einer der Angeklagten den Schiffszimmermann bei der Gurgel faßte und der andere ihm das Portemonnaie entriß. Heute bezeichnet der Ueberfallene den Hoffmann bestimmt als denjenigen, der ihm das Portemonnaie entrissen habe, Reimann will er nicht ganz bestimmt erkennen. Die übrige Beweisaufnahme ist recht widersprechend und ergibt kein klares Bild. Den Geschworenen werden für beide Angeklagte Schuldfragen nach Raub und Straßenraub vorgelegt; hierzu beantragt der Staatsanwalt, die Schuldfragen für Reimann zu verneinen, da die Beweisaufnahme nicht zur Verurteilung hinreiche, für Hoffmann beantragt er Bejahung der Schuldfragen unter Verweigerung der mildernden Umstände. Die Geschworenen verneinen sämtliche Schuldfragen, worauf die Angeklagten freigesprochen und aus der Haft entlassen werden.

Schöffengericht Wilhelmshaven vom 24. Oktober 1922. Der Mechaniker 1. Erich H. in Konstanz, 2. G. und 3. H. in Rüstringen waren beschuldigt, zu 1. acht Unterbrechungsapparate, zu 2. und 3. vier Platinblättchen für Glocken und vier Federn der Werft entwendet zu haben. Die Angeklagten zu 2 und 3 bestreiten die Beschuldigung und werden freigesprochen. Dagegen wird der Beschuldigte Erich H. wegen Diebstahls zu einer Geldstrafe von 80 000 Mark und wegen Hehlerei zu 10 000 Mark verurteilt, ausnahmsweise für je 100 Mark 1 Tag Gefängnis. — Die Verhandlung gegen den Wirtsvertreter A. in Rüstringen wird vertagt. Der Zeuge Schlachtermeister F., welcher trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen war, wurde in 300 Mark Strafe genommen. — Der Kaufmann D. hier hatte mit seinem Fahrrade den Bürgersteig befahren. Den Polizeiwachtmeister, der ihn deswegen zur Rede stellte, soll er beleidigt haben. D. bestreitet die Anklage. Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Uebertretung zu 100 Mark eventuell 1 Tag Haft, wegen der Beleidigung wird er für straffrei erklärt, hat aber die Kosten zu tragen. — Der Gelegenheitsarbeiter D. in Rüstringen, zurzeit in Untersuchungshaft, der von seiner Frau getrennt lebt, hatte dieselbe mehrmals brieflich mit Totschießen bedroht, wenn sie nicht seinem Verlangen nachkäme. Er wird der Bedrohung und Nötigung angeklagt. Das Gericht verurteilt ihn zu 2 Wochen Gefängnis und weil er im Besitz von einer Schußwaffe gewesen ist, zu 10 Tagen Gefängnis. Beide Strafen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Seine Ehefrau, die als Zeugin ordnungsmäßig geladen, aber nicht erschienen war, wurde in 200 Mark Strafe genommen. — Der Arbeiter Artur St. in Rüstringen hatte einen Strafbefehl über 50 Mark wegen Bettelns und über 400 Mark, weil er ohne Gewerbeschein Waren außerhalb seines Wohnortes feilgeboten, erhalten. St. hatte Einspruch eingelegt. Derselbe wurde verworfen, da er zu spät eingereicht war. — Witwe H. und ihre Tochter hier sollen einen Sack Torf gestohlen haben. Sie werden freigesprochen. Dagegen wird die Witwe H. mit 300 Mark, eventuell für je 50 Mark 1 Tag Gefängnis, bestraft, weil sie Tassen gestohlen hat. — Der Fischerknecht Hans M., zurzeit hier in Untersuchungshaft, war auf der Landstraße vor Oldenburg von einem Polizeibeamten angehalten, weil er ihn verdächtigte, das Fahrrad, worauf er fuhr, gestohlen zu haben. M. hatte dabei einen falschen Namen angegeben. Auf der Wache hat er erst angegeben, das Fahrrad gehöre seinem Vater, dann will er es in Wilhelmshaven beim Bahnhof für 1600 Mark von einem Unbekannten gekauft haben. Letzteres behauptet er auch heute noch. Das Gericht glaubt ihm aber nicht, weil er auch schon mehrere Male wegen Diebstahls vorbestraft ist. Er wird wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Angabe eines falschen Namens zu 6 Wochen Haft bestraft. Der Eigentümer des Fahrrades ist unbekannt.

Der Kanal über die Berge.

Seit November vorigen Jahres hielt sich in Berlin ein angeblicher Marineingenieur Henry Lander auf, der sich als Heiratsschwindler betätigte. Er schwindelte seinen „Bräuten" vor, daß er aus Reval zu dem Zweck nach Berlin gekommen sei, um von großen deutschen Firmen Eisenbahnmaterial einzukaufen. Obwohl er nicht gerade elegant gekleidet war, gelang es ihm doch, die Damen derart für sich einzunehmen, daß ihm nach und nach größere Summen zufließen. Da er gleichzeitig drei „Bräute" hatte, fehlte es ihm nicht an Geld. Seinen Bräuten, die er sowohl in Deutschland wie im Auslande hatte, hatte er die Ehe versprochen und sich offiziell mit ihnen verlobt. Eine der Damen stellte ihm den Rest ihres Vermögens in Höhe von 120 000 Mark bereitwilligst zur Verfügung. Der Hauptschwindel, mit dem er operierte, war der, daß er vorgab, er habe von der brasilianischen Regierung einen Auftrag, einen 76 Kilometer langen Kanal in 600 Meter Höhe über den Meeresspiegel durch mehrere Gebirgsketten zu legen, der nicht weniger als 30 Schleusen haben sollte. Ein Berliner Journalist fiel auf den Schwindel ebenfalls hinein und würdigte in einer bekannten Berliner Tageszeitung das Projekt als eine geniale Erfindung. Diese Presseäußerung vergrößerte natürlich seinen Kredit. Die brasilianische Gesandtschaft in Berlin erklärte aber das Ganze für einen Schwindel, und nun konnten die Behörden eingreifen. Als er zu Jetzt noch einen gutangelegten Schwindel zum Nachteil des Staates in Szene setzen wollte, und er sich bereits in den Besitz notarieller Urkunden gesetzt hatte, die ihm ohne weiteres acht Millionen Mark eingebracht hätten, wurde er verhaftet. Man fand bei ihm 6000 Mark an barem Gelde und die notariellen Urkunden über 8 Millionen Mark. Nach Ermittelung der Kriminalpolizei dürfte es sich um einen Hoteldiebstahl namens Nielsen handeln, dessen Mutter eine geborene Lander ist. In seinem Besitz befanden sich noch weniger als sechs Auslandspässe, die aber sämtlich von auswärtigen Gesandtschaften ausgestellt sind, nicht aber von seiner Vaterstadt Kopenhagen. Lander hat nacheinander die ganze Welt bereist und scheinbar überall vom Schwindel gelebt.

Von einer Granate zerrissen.

Auf eine furchtbare Art ums Leben gebracht hat sich der in Quettern wohnhafte Reinhold Kemmler und dabei drei andere Personen mit sich in den Tod gerissen. Kemmler wollte in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begehen, zündete auf einem Weideplatz in der Nähe der Wohnung eine Granate an und setzte sich auf sie. Einer seiner Freunde, dessen Braut und Mutter stürzten hinzu und wollten die glimmende Zündschnur löschen. Es war aber zu spät. Mit furchtbarem Knall explodierte die Granate und zerriß alle vier Personen.

Eisenbahnunglücke.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich abends auf dem Bahnhof Osterburg. Der von Magdeburg kommende Güterzug 7736 fuhr dem Güterzug 8569 in die Flanke, als er im Begriff war, die Station Osterburg zu verlassen. Fünfzig Wagen wurden dabei zertrümmert, der Materialschaden ist unübersehbar. Ein Schaffner aus Stendal wurde getötet und ein Lokomotivführer schwer verletzt.

Der aus Tömitz kommende Personenzug 122 fuhr auf dem Bahnhof in eine Arbeitskolonne, die auf dem Wege zur Arbeit einen verdotenen Weg über die Geleise benutzte. Starker Nebel hatte den Arbeitern das Herannahmen des Zuges verborgen. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer verletzt.

Ein neues Eisenbahnunglück ist aus Frankreich zu melden. Zwei Züge, die beide in parallelen Geleisen nach Paris unterwegs waren, stießen kurz vor St. Denis zusammen, weil eine Weiche falsch gestellt war. Der schnellere Zug, der eine Verspätung einzuholen hatte, fuhr dem zweiten in die Flanke. Eine Lokomotive und sieben Waggons stürzten um und begannen zu brennen. Aus den Trümmern wurden vorläufig zwei Tote und 18 Verwundete hervorgezogen.

Millionenbeute.

Ein Millioneneinbruch wurde in der Nacht Unter den Linden in Berlin verübt. Auf dem Grundstück 43 drangen Verbrecher mit Nachschlüsseln in die Herrenschneiderei von Koppel u. Hilses ein und stahlen 100 Meter englische Herrenstoffe, fertige Mäntel usw. im ganzen für drei bis vier Millionen Mark. — Eine Millionenbeute machte auch ein Fuhrwerksdieb, der in Moabit einen bespannten Wagen von der Straße weg stahl, während der Kutscher beschäftigt war. Der Wagen hatte für mehr als eine Million Wurst, Butter und Margarine geladen.

Diebstahl und Brandstiftung.

In Oerie bei Pattensen ist das Anwesen des Hofbesitzers Friedrich Hogrefe durch ein gewaltiges Schadenfeuer zerstört worden. Eine große Scheune und die Stallungen brannten völlig nieder. Durch Flugfeuer geriet auch das Wohnhaus des Hofbesitzers Meusing in Brand und wurde gleichfalls vernichtet. Dem Feuer fielen Millionenwerte an Getreide zum Opfer. Da dem Hofbesitzer Hogrefe erst vor einigen Tagen große Geldsummen gestohlen worden waren und der Verwalter Winter im Verdacht stand, der Dieb zu sein, wurde dieser verhaftet. Winter hat sich nun im Gefängnis zu Calenberg erhängt und man nimmt daher an, daß er den Hof in Brand gesteckt hatte, um die Aufklärung des Diebstahls unmöglich zu machen.

Landesbibliothek Oldenburg

Rüstringen.

Wegen Vornahme von **Pflanz- und Pflasterarbeiten** wird die seither unbefestigte östliche Wanderung der **Siedelsbüsburger Straße** zwischen Bismarckstraße und Kirchreihe für den Verkehr bis auf weiteres gesperrt. [4749

Stadtmagistrat Rüstringen.

Kleinrentner

Die Altersgrenze der Kleinrentner, die Kleinrentnerunterstützungen beziehen können, ist vorläufig für die Zeit vom 1. Oktober 1922 bis 1. April 1923 auf das vollendete 55. Lebensjahr herabgesetzt worden. Als Kleinrentner sind die Personen anzusehen, welche ein Einkommen von 500 Mk. jährlich aus Vermögen vor dem 1. Januar 1920 sichergestellt haben. Die den Kleinrentnern zu gewährende Unterstützung wird so bemessen, daß denselben ein Einkommen von z. Z. jährlich 7200 Mk. garantiert wird. Unterstützungsanträge nimmt das Wohlfahrtsamt entgegen, wo auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind.

Rüstringen, den 24. Oktober 1922. [4750

Wohlfahrtsamt.

Gemeinde Schortens.

Haushaltungen, deren Bedarf an **Winterkartoffeln** nicht sichergestellt ist, können sich bis zum 29. Oktober im Gemeindebureau melden. Anmeldungen für die Ortschaft Middelsfähr nimmt Bezirksvorsteher Reyer entgegen. [4760

Jahn, Gemeindevorsteher.

Oldenburger Anzeigenteil

Vereinigte Sozialdem. Partei

Distrikt Oldenburg.

Freitag, den 27. Oktober, abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal:

Versammlung

— Tagesordnung: —

1. Die Wiedervereinigung der sozialist. Parteien (Referent: Gen. Zimmermann, Rüstringen).
2. Presse (Referent: Gen. Bruhn, Rüstringen).
3. Unsere innere Organisation (Gen. Graeger).
4. Wahl des Distriktsvorstandes.

Genossinnen und Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch. **Der Distriktsvorstand.**

[4702] Graeger. Zimmermann.

Ohmstede.

Vereinigte Sozialdemokr. Partei

(Volksverein).

Am Sonnabend, dem 28. Oktober abends 8 Uhr, bei H. Helms:

Außerord. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verschmelzung der beiden Bruderparteien und Neuwahl des Vorstandes.
2. Neuregelung der Beitragsfrage.
3. Sonstiges.

Genossinnen und Genossen! Erscheint **alle** zu dieser wichtigen Versammlung! Keiner darf fehlen! — Die Vorstandsmitglieder wollen um 6.30 Uhr zu einer Vorbesprechung kommen.

Der Vorstand.

Oldenburger Landestheater.

Datum	Mt.	Kassen-Preise	Vorstellung
Donnerstag, 26. Okt., 8 Uhr	B. u. A. Verb.	—	Geschlossene Vorstellung.
Freitag, 27. Okt., 7.30 Uhr	29.	I.	Tiefland.
Sonnabend, 28. Okt., 3.30 Uhr	Hiesige Schulen 2.	—	Der eingebildete Kranke
Sonnabend, 28 Okt., 8.00 Uhr	—	I.	Ulenspegel
Sonntag, 29. Okt., 3.30 Uhr	—	I.	Wenner een Tack.
Sonntag, 29. Okt., 7.30 Uhr	30.	I.	Tiefland.

Zu verkaufen

Neuer, ungetrag., schw. **Alaska-Pelz** preiswert zu verkaufen Göterstr. 107, 1. Etg. r.

Füllenfleisch!!
Hermann Burmeister, Adolfstr. 27. Tel. 1332.

Prima junges, fettes Roßfleisch empfiehlt [4742

Schlachterei R. Wenige
Nordenham
Peterstraße 43.
Telephon 332.

Speise-Kartoffeln
(gelb- u. weißfleischige) jedes Quantum sofort ab Lager lieferbar per
Zentner von 700 Mark an
Folkert Wilken
Brunnenstrasse 5
Telephon 634

Zukauf gesucht

Einzelne Möbel sowie **ganze Hausstände** kaufen laufend **Carstens & Brecht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2156.

Kaufe dauernd neue und gebr. Herren- u. Damen-Garderoben, Maringzug, Schuhzeug Bett- und Leinwäsche Postkarte genügt
Cytryn
Mühlenstraße 8, Ecke Peterstraße.

Platin-, Gold- u. Silberbruch verkaufen Sie am besten beim Fachmann. Höchsten Tageskurs zahlt **R. Deutschmann** Goldschmiedemeister Gerichtstraße 1.

Stellenangebot

Zum 1. November od. später suche ich ein zuverlässiges [4758

Mädchen

für Küche und Haus auf ½ Tag ev. auf ganz zu melden abends nach 7 Uhr.
Frau M. Rackebrandt Königstraße 124

Platin - Gold - Silber
kauft zu Höchstpreisen [4699
HANS SCHWAKE
Marienstraße 10, parterre
Ecke Kurze Straße. Fernsprecher 1446.

Verschiedenes

Klubzimmer
u. guten Mittagstisch bestens empfohlen.
Frerichs.
Schiller-Wilhelmstr.-Ecke

Das echte Harlemer Oel z. hab. i. Wilhelmsh. Sanitätshaus **Göterstraße 16,** Inh.: J. K. Biermann.

Siedelsbüsburger Heim. Empfehle meine Lokalitäten einer freundlichen Beachtung. **Geräumiges Klubzimmer** noch einige Wochentage und Sonntags frei. Spezialität: Echten Stonsdorfer Bittern. 1280] **Paul Tuttle.**

Rohrstühle flechtet Invalide Kauschke, Heppenser Batterie Nr. 26. L

Die gegen den Schiffszimmermann Louis Janßen in Ostern ausgesp. Beleidigung nehme ich hiermit als unwahr zurück. [4745
Gl. de Wall.

Pickel! Mitesser! Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern jedem kostenlos mit. **Frau M. Poloni** Hannover D 502 Schließfach 106

erhältlich bei: Neuender Apoth., Pohl, Drog. O. Koch, Bismarckstraße 77. Rüstringen: Drogerie Chr. Schmidt, Eugen Tempelwolff, Werftstraße 14.

Sämtliche Rohprodukte
wie Eisen, Lumpen und Altmetalle kauft zu Tagespreisen
M. Kirchhoff
Alte Straße 12. [3280] Fernruf 937.

I. W'havener Bandonionklub

Mitglied des Deutschen Konzertina- und Bandonionbundes. e. V.

Sonntag, den 29. Oktbr. 1922:

Großer Herbstball

mit Konzerteinlagen im Lokale des **Frn. Paul Pfeiffer, Sanderbusch** ausgeführt v. 20 Mann starkem Orchester. Anfang 4 Uhr, Konzert 7 Uhr, nachdem großer Festball. Es laden freundl. ein **Paul Pfeiffer. Das Komitee.**

Vergessen

Sie nicht, noch heute Ihre Anzeige für die „Republik", dem Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien, aufzugeben. — Die große Verbreitung sichert Ihnen durchschlagenden Erfolg.

Monopol

Besitzer Wilh. Quinting. Telephon 500

Heute Donnerstag, 26. Oktober und folgende Tage:

Bunte Abende!

Heiteres Programm
Erstklassige Künstler
Feine Streichmusik

Auftreten der Herren vom Schauspielhause:
Herr Oesterheld — Herr Meyerhold
Herr Lehnert — Herr Spielmann.

Beginn des Konzertes 8.00 Uhr.
Beginn der Vorträge 9.30 Uhr.

Es ladet höfl. ein **Wilh. Quinting.**

Täglich Hausball

Arbeiter! Abonniert die Republik!

Turnverein Vorwärts e. V.

Rüstringen.

Einladung zu dem am Sonnabend den 28. Oktober 1922 im Schützenhof stattfindenden

42. Stiftungs-Fest

bestehend aus Konzert, turn. Aufführungen und nachf. Festball

Anfang 8 Uhr. — Um zahlreichen Besuch bittet: Der Festausschuss.

Deckers Mühlenhof

Jeden Freitag 8 Uhr:

Haus-Ball!

Hierzu ladet freundlichst ein: **Arnold Zarnecke.**

Parkhaus

35. Stiftungs-Fest

der **Bürger-Liedertafel** am Sonnabend, den 28. d. M. Anfang 8 Uhr: Anfang 8 Uhr.

Konzert! * Ball!

Zum Einschneiden!
Emder u. Holsteinischer

Weißkohl.

Speisekartoffeln, gelb- u. weißfleischige, jedes Quantum **sofort** ab Lager lieferbar.
Union- und Eiform-Brikette (Rüstringer Kohlenkarte).
Schottische Nußkohlen.
Heu, Stroh, Häcksel, Torfstreu, Runkelrüben, gesundes billiges Pferdefutter
liefert prompt und billigst

Folkert Wilken

Brunnenstraße 3. [4747] Telephon 634.
Verkaufszeit bis 6 Uhr abends.

Rüstringer Emaillier- u. Vernickelungswerkstätten
Gebr. Buss.
Spezialwerkstätten für Fahrräder, Nähmaschinen, Kontrollkassen, Schreibmaschinen.
Stempelerei und Installation. Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Dreherei u. Autog. Schweißerei.
Rüstringen, Mischerlichstr. 16.

Viel Geld

erhalten Sie jetzt durch den Verkauf Ihrer Gegenstände aus
Platin, Gold, Silber, Doublé
Sie finden fachmännische Beratung, und kursentsprechende Bezahlung durch den Fachmann [4756
Walther Claus,
Wilhelmshavener Strasse 55.

SCHAUSPIEL-HAUS

Donnerstag 8.15 Uhr Abt. 19: **Die goldene Eva**

Sonnabend nachm. 3.30 Uhr: Schülervorstellg. **Kabale u. Liebe.**

Einheitspr. 15 Mk.

A. D. G. B.

Ortsausschuß Wilhelmshaven-Rüstringen.

Donnerstag, 26. Okt., abends 8½ Uhr:

Sitzung

bei Arend Frerichs, Mellumstraße.

Pünktliches Erscheinen erwartet [4741

Der Vorstand.

Verloren

1 silberne Armbanduhr auf d. Wege Werftkaserne, Schwarz. Weg, Lilienburgstr., Müllerstraße, Mühlenweg nach der Rüstringer Strandhalle. Gegen Belohnung abzugeben [4761

Werftkaserne, Stube 127.

Todesanzeige.

Plötzlich und unerwartet entriß d. Tod durch Ueberfahren d. Straßenbahn am Dienstag abend 6½ Uhr uns unsr. lieben Sohn, Enkel und Onkel

Adolf.

Drei Jahre war er unser Stolz und Freude. Tiefbetrübt allen zur Kenntnis.

Wilh. Martofeld u. Frau, geb. Greve, Adolfstraße 9.

Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben. [4748

Nachruf!

Am 23. 10. starb unser Mitglied, die Witwe Frau **Anna Carstens.**

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Hausbes.-Verein Heppens.
Der Vorstand.

Am 24. Oktober, abends 10½ Uhr, starb nach langem Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter die Witwe [4762

J. Wiedemann.

Um stilles Beileid bitten die trauernden Kinder nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmitt. 2.30 Uhr von d. Leichenhalle Friedenstraße aus statt.

Wer zahlt die höchsten Preise für

Platin - Gold und Silber

wie Ringe, Ketten, Löffel, Uhren Brennstifte, Tressen, Dublé usw.?

Ecke Göker- u. Ulmenstrasse **Nur Georg Frerichs jun.** Ecke Göker- u. Ulmenstrasse

Eigene Schmelzanlagen. Edelmetalle en gros. Eigene Schmelzanlagen. [3066

Oldenburg. Berlin. Rüstringen. Preise konkurrenzlos. Oldenburg. Berlin. Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 251
36. Jahrgang

Beilage zur Republik.

Donnerstag,
den 26. Oktober 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Bankerottpolitik.

Aus der Rüstringer Stadtratsfraktion wird uns geschrieben: Unter dieser Ueberschrift bringt die „Wilhelmshavener Zeitung" in Nr. 249 den Bericht über die letzte Sitzung des Rüstringer Stadtrats. Einleitend leistet sich das genannte Blatt einen Erguß, der zwar wenig Sachkenntnis, aber dafür mehr gehässige Verleumdungssucht verrät. Die Schriftprobe des jungen Mannes der „Wilhelmshavener Zeitung" interessiert uns nicht. Wenn wir einige Worte zu den sterbenden Fragen verlieren, so nicht des Artikelschreibers, sondern der Sache wegen.

Um was handelt es sich? Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung sich mit der Frage des Wohnungsbaues in hiesiger Gemeinde für das Jahr 1923 befaßt. In der umstrittenen Vorlage wird empfohlen, zum Ankauf von Materialien für den Bau von 20 Wohnungen im Jahre 1923 den Betrag von 18 Millionen Mark zu bewilligen und eine Anleihe in Höhe der genannten Summe zu genehmigen. Die endgültige Aufbringung der Mittel soll durch die Wohnungsbausteuer erfolgen. Die Gesamtbausumme wird nach der Vorlage auf 90 Millionen Mark veranschlagt.

Wir glauben, daß eine solche Frage einer gründlichen und vorurteilslosen Prüfung bedarf. Die Kritik der „Wilhelmshavener Zeitung" erscheint uns wenig sachlich. Es behagt dem Artikelschreiber nicht, daß man in Rüstringen auf weite Sicht zu der Wohnungsbaufrage Stellung nimmt. Anscheinend gefällt ihm das Wursteln besser? — Zwar läßt sich heute nicht übersehen, wie im nächsten Jahre die allgemeinen Verhältnisse liegen. Wer aber wagt heute etwa zu behaupten, daß das Valutaelend bis zum nächsten Jahre auch nur in irgendwie nennenswertem Maße behoben sein wird? Nach den Erfahrungen der letzten Jahre darf man getrost das Gegenteil annehmen. Es erscheint daher der Ankauf von Materialien als durchaus angebrachte Sparsamkeitsmaßregel.

Düsterer Mienen voll wird prophezeit, daß die Bewilligungsfreudigkeit der Sozialisten im Stadtrat den Zusammenbruch der hiesigen Finanzen herbeiführen werde. Wir kennen Gemeinwesen in nicht allzu weiter Entfernung, wo bürgerliche Mehrheiten dominieren, und dürfen getrost sagen, daß dort, wo noch niemals Sozialisten ausschlaggebend waren, die Finanzen nicht besser, sondern eher noch schlechter sind, als wie in der Rüstringen, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß das politische Bekenntnis der Stadtvertreter überhaupt für die Finanzlage einer Stadt verantwortlich gemacht werden kann.

Es wird davon erzählt, daß der Oberbürgermeister in Urlaub gegangen sei, um die ganze Sache nicht mit seinem Namen decken zu müssen. Der Schreiber dieses Satzes ist sich wohl der Tragweite seiner Worte nicht ganz bewußt gewesen, denn unseres Erachtens kann einen leitenden Beamten einer Stadt kaum ein schwererer Vorwurf treffen, als wie der der Drückebergerei. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Oberbürgermeister gegen derartige Anwürfe zu schützen, er wird Mannes genug sein, sich gegen derartige Unterstellungen zu wehren. Weiter wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich für die Sozialdemokraten im Rüstringer Stadtrat gar nicht so sehr um die Erhebung der Wohnungsbausteuer handele, sondern daß wieder einmal eine Machtfrage entschieden werden solle. Auch ist den Polizeijägerei und Bogünstigung die Rede. Wir müssen schon ersuchen, deutlicher zu werden, und erinnern eine eben des Sprichwortes, daß bekanntlich keiner jemanden hinter dem Busch sucht, wenn er nicht schon selbst dahinter gesessen hat. Der anscheinend noch sehr junge bescheidene Mann der „Wilhelmshavener Zeitung" spricht von der geringen Einsicht der Rüstringer Stadträte (diesen, die zum Teil Jahrzehnte im Dienst der Kommune gewirkt haben), spricht von Mißtrauen, hämischen Bemerkungen, Verdächtigungen, offenen Schadenfreude über die sichere Kluft zwischen der Bürgerlichen — Offen gesagt, und ist das Verhalten der Bürgerlichen Vereinigung — dem Ernst der Situation wenig angepaßt erscheinen. Die unangenehme Tatsache, daß diese Herren in der Minderheit sind, läßt sich nun auf der Welt schaffen. Das wollen wird versucht, auf die mehrigen Instinkte zu spekulieren. Es wird den Mietern vorgerechnet, daß sie durch das Bauvorhaben zugunsten von 20 Familien stark belastet werden. Dieser Appell an den Egoismus entspricht ganz der treudeutschen Art, welche mit bei der „Wilhelmshavener Zeitung" so oft bemerkbar. Jedem christlich denkenden Menschen muß, daß das furchtbare Wohnungselend, das noch in Rüstringen kraß in Erscheinung tritt, nur gemildert werden kann durch Beschaffung von Wohnungen. Wenn heute die Herren von der Bürgerlichen Vereinigung sich für das Ausbauen der vorhandenen Wohnungen aussprechen, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß in den letzten Jahren es gerade die Herren von der bürgerlichen Seite gewesen sind, die sich diesen Bestrebungen gegenüber stritte ablehnend verhalten haben. Heute will man vom Bau neuer Wohnungen nichts wissen und holt dafür die vorher so stark betämpften Verschläge wieder hervor. Der Ausbau von Dachgeschossen und Wohnungen muß nach unserer Meinung geprüft und tatkräftig gefördert werden; aber diese Auffassung dringt und nicht dazu, der Verschleppungspolitik der bürgerlichen Fraktion, denn darum handelt es sich nur, Folge zu leisten. Der Vorsitzer der Bürgerlichen Vereinigung hat eine Berechnung über die Belastung des Haus- und Grundbesitzes in der Stadt Rüstringen vorgelegt. Ob diese stimmt, haben wir noch nicht nachprüfen können, aber selbst, wenn sie richtig ist, sind die hieraus gezogenen Schlußfolgerungen in bezug auf den Wohnungsbau für das Jahr 1923 irrig.

Vollständig falsch ist es, darauf zu verweisen, daß für den Bau von 20 Wohnungen 50 Prozent des Brandkassenwertes der in Rüstringen belegenen Grundstücke als Baukostenzuschüsse von den Hausbesitzern aufgebracht werden müssen. Der Brandkassenwert der in Rüstringen belegenen und bebauten Gebäude beläuft sich auf ca. 60 Millionen. Aber diese 60 Millionen Brandkassenwert sind heutzutage noch dem Stande von 1916, sind also Goldmillionen. Die Beiträge zur Landesbrandkasse werden bereits in hundertfacher höhe erhoben. Es wäre also richtig, dementsprechend die genannten 60 Millionen mit 100 zu multiplizieren — 6000 Millionen. Dann sieht doch der angezogene Vergleich wesentlich anders aus. An Wohnungsbausteuer erhebt gegenwärtig der Staat 3 Prozent und ebenfalls die Gemeinde Rüstringen 3 Prozent des Brandkassenwertes vom Jahre 1916, also insgesamt 3,6 Millionen Mark. Von den zuständigen Reichsbehörden ist für das nächste Jahr eine namhafte Erhöhung der Wohnungsbausteuer gefordert, nach Zeitungsnotizen das Fünffache der bisherigen Sätze. Es ist also sicher zu erwarten, daß von seiten des Staates die Wohnungsbausteuer weiter erhoben wird, und zwar erheblich höher als wie bisher.

Es darf wohl noch bezweifelt werden, daß es bei einer fünffachen Erhöhung bleibt. Wenn also im nächsten Jahre in der Gemeinde Rüstringen nicht gebaut wird, muß zwar die staatliche Wohnungsbausteuer gezahlt werden, aber Baukostenzuschüsse fließen der Stadt nicht zu. Das würde bedeuten, daß die Einwohner Rüstringens erhebliche Steuersummen aufbringen müßten zugunsten anderer, besonders ländlicher Orte, wo bekanntlich heute noch verhältnismäßig am meisten gebaut wird. Darf das geschehen? Auch hier in den Jadebädten ist die Wohnungsnot groß und wird voraussichtlich in den nächsten Jahren noch größer werden. Vielfach wird heute lediglich bedauert, daß in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Wohnungsbaues nicht mehr geleistet worden ist. Ein Blick auf die Entwicklung der Geldverhältnisse in den letzten Jahren zeigt schon, daß dieses Bedauern berechtigt ist, denn die meisten, die gebaut haben, sind dabei in Anbetracht der heutigen Geldentwertung nicht schlecht gefahren. Wir sind der Meinung, daß gebaut werden muß, soweit es irgend möglich ist. Wenn aber gebaut werden soll, dann erscheint auch der Ankauf von Materialien zu jetziger Zeit vorteilhaft, denn aller Voraussicht nach dürften im nächsten Jahre die Preise wesentlich höher sein. Wenn entgegen allen Voraussetzungen im nächsten Jahr eine Wohnungsbausteuer nicht erhoben oder aus sonstigen Gründen die Ausführung der Bauvorhaben unterbunden wird, dann dürften die angekauften Materialien ohne Verlust abzustoßen sein, denn ein Rückgang der Preise wird kaum eintreten. Es kann also die Entscheidung darüber, ob im nächsten Jahre gebaut werden soll oder nicht, ruhig zurückgestellt werden. Der Ankauf der Materialien aber kann unseres Erachtens ohne Sorgen erfolgen. Eine solche Regelung dieser Frage halten wir im allgemeinen Interesse für geboten und werden demnach handeln. Die Stellungnahme der bürgerlichen Vereinigung und die Leistungen der jungen Leute der „Wilhelmshavener Zeitung" werden uns nicht abhalten, das zu tun, was wir als richtig und notwendig erkannt haben.

Die Zeitung und das schaffende Volk.

Alles, was in früheren Zeitungen für uns alle zu gute Tatsachenmitteilungen gehörte, das ist heute Objekt der Sorge geworden: das tägliche Brot und dessen Beschaffung, unsere Kleidung, ein trockener Fuß. In alle Schichten ist mittelbares ein wenig Volkswirtschaft gedrungen, alles beschäftigt sich mit den Fragen der Herkunft des Rohstoffes, seinen Kosten, seiner sachgemäßen Verteilung. Das schaffende Volk denkt volkswirtschaftlich. Aber es denkt nur mittels der Zeitung, des täglichen Blattes, das auf seinen Tisch kommt. Die Zeitung ist die Generalliteratur der Masse, das allgegenwärtige geistige Leben, das wie ein Zentralnervensystem alle scheinbar weiten Erscheinungen unserer Zeit nicht nur zum Gesamtbewußtsein bringt, sondern sie auch erklärt und Wege zur Abwehr schwerer Gefahren weist.

Wir haben diesen Zusammenhang zwischen Zeitung und Zusammenleben bisher auch für eine Selbstverständlichkeit gehalten, aber heute gilt es, sich dieser Selbstverständlichkeit in ganzer Tragweite bewußt zu werden. Mit dem Leben der Zeitung des schaffenden Volkes lebt und fällt die Spannkraft der Volksgenossen, den Riesenkampf um die Existenz zu führen. Unser heutiges Sein ist mit dem Dasein der Zeitung auf Gedeih und Verderb verbunden. Wir können weder organisieren noch agitieren, weder Kräfte sammeln, noch sie zu vereinter Spannkraft auf notwendige Ziele sammeln ohne das Kampfmittel der Zeitung. Ohne Wehr kein Schutz, ohne Schutz Untergang!

Die Unternehmerschaft, die Reaktion sitzt im Sattel. Stärker noch wie beide können die Massen der Schaffenden sein, wenn sie sich ihrer solchen Waffen bewußt werden. Heute lauern unsere Feinde darauf, uns die größten Wunden zu schlagen. Sie würden frohlocken, wenn die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, alle, die vom Ertrag ihrer Arbeitskraft leben, ihres wichtigsten Kampfmittels, der Arbeiterpresse, verlustig würden. Das kann nicht zur Wirklichkeit werden, denn das wäre ein undenkbarer Zustand, ein Versinken in soziale Blindheit, die sich furchtbar am schaffenden Volke rächen würde. Aber das schaffende Volk wird sich nicht wehrlos machen lassen, denn das Leben seiner Presse ist Blut von seinem Blute, ist Bewegung, Bewußtsein, Schutz und Kampf ums Leben!

Eine Seeräubergeschichte.

So unwahrscheinlich das Räuberstück auf der Elbe und Jade nach den ersten Meldungen erschien, hat es aber doch durch die Festnahme der Verbrecher seine Bestätigung gefunden. Von einem Mitglied der Besatzung des Tonnenlegers „Mellum" wird folgende Schilderung des Vorfalls gegeben: Am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr kam an den auf der Elbe vor Anker liegenden Motorschoner „Berika" ein Boot mit vier Mann längsseits. Sie fragten die Mannschaft, ob sie an Bord kommen und sich wärmen könnten. Nichts ahnend, wurde dieser Bitte entsprochen. Mit der Mannschaft machten die Banditen jetzt Handelsgeschäfte. Später gingen sie dann zu dem Logis nach vorne, riefen Hände hoch und zwangen die dort befindlichen zwei Mann der Besatzung, sich auf den Bauch zu legen und die Hände nach vorn zu halten. Diese wurden dann gebunden. Der Schiffsjunge wurde dann am Bein gefaßt, in das Logis gezogen und gleichfalls gebunden. Vor dem Logis blieb ein Mann mit dem Messer bewaffnet als Wache zurück. Die anderen drei gingen nach hinten, um den Kapitän zu überwältigen. Dieser erhielt in dem Kampfe mehrere Schüsse und wurde blutüberströmt und gefesselt in seiner Kajüte eingesperrt. Die Frechheit der Räuber wird dadurch illustriert, daß sie Fischern, die in der Nähe des Schoners lagen und infolge der Schüsse näher kamen, seelenruhig erklärten, sie hätten sich mit der Schieberei ein Vergnügen gemacht. Die Räuber plünderten jetzt an Bord alles aus und zwangen einen Mann der Schiffsbesatzung, Ruder und Motor zu bedienen. Wie sie in die Jade gekommen, ist noch nicht genau festgestellt. Nach der Aussage des Führers der Bande, dem Kapitän gegenüber, mußten sie so schnell wie möglich von Hamburg fort. Der den Motor bedienende Mann der Besatzung wurde von den Räubern gezwungen, mit dem Schoner in der Jade außerhalb des Fahrwassers zu halten. Jedenfalls sollte verhindert werden, daß die gefesselte Besatzung sich durch Rufen bemerkbar machen konnte. Nach kurzer Zeit lief der Schoner auf. Die Verbrecher und auch die Mannschaft flüchtete in die Takelage. Jetzt gelang es auch dem Kapitän, sich zu befreien, in das Boot zu gelangen und mit seiner Mannschaft das Wrack zu verlassen. Sie erreichten Voslapp-Leuchtturm, wo sie Verpflegung und Hilfe fanden.

Der Tonnenleger „Mellum", der den Schoner schon abends zwischen 6 und 7 Uhr in See gesichtet hatte, kam am anderen Morgen aus See zurück und fand das Wrack. Die drei noch in den Masten befindlichen Verbrecher wurden in dem Glauben, daß sie zur Besatzung des Schoners gehörten, an Bord genommen und

---

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(Nachdruck verboten)

(28)

Frau Bewner, die Wirtin, wunderte sich, daß die fremde Dame auf ihr freundliches Entgegenkommen so gar nicht einging. Sie sah daher den vertraulichen Ton beiseite und fragte geschäftsmäßig: „Mögen sich's gnä' Freilein wer a bißl kommod machen? Wenn gnä' Freilein was abgeht, brauchen Sie's nur zu sagen. Ich werde sofort für Wasser und Handtücher sorgen."

„Ach bitte," bat Frau Carry die davoneilende mit einer schüchternen Armbewegung zurück, „ach bitte — es müßte doch wohl erst — — etwas gründlich gelüftet und aufgewischt werden. Es wird wohl besser sein, wenn ich erst noch ein paar Stunden fortgehe."

„Ganz wie gnä' Freilein belieben," versetzte die Leinerin. „Bei lauem S' Fahne leicht denken, daß 's hier a bißl stinkert ist, wo doch des Logis schon über ein ganzes Monat leer steht."

Inzwischen war Herr Bredauer in Begleitung zweier rasch aufgelesener Dienstmänner, die den ersten großen Koffer heraufbrachten, eingetreten. Als die Wirtin des Ungeheuer erblickte und von den Dienstmännern ersucht, daß noch vier seinesgleichen, wenn auch nicht von ganz derselben Größe, der Hinaufbeförderung harrten, machte ihre Hochachtung für die neue Mieterin ganz erschüttert, und sie öffnete dem zahlenden Ritter der Dame mit einem tiefen Knicks die Tür.

Frau Carry teilte alsbald dem schönen Alois ihre Verlegenheit mit. Sie könnte unmöglich in diesen Räumen verweilen oder gar schlafen, bevor sie gründlich gelüftet und geläutert wären, und wüßte nicht, wo sie inzwischen bleiben sollte.

„Na, mein Gott, gehn mer halt noch a bißl promenieren!" versetzte Bredauer mahlgelaunt. „Sieben Uhr is's jo ch' schon, holen wir uns also einen recht schönen Appetit zum Soupieren. Wann haben S' denn zu Mittag g'speist, wenn ich fragen darf?"

„Ach Gott, ich habe heute eigentlich gar nicht gegessen."

„Aber da müssen S' ja einen Wolfshunger haben, meine arme gnädige Frau! Da tun wir am End' am besten und gehen gleich soupieren!"

Frau Carry sah ängstlich zu ihm auf. „Aber ich bitte Sie, das geht doch nicht, wir dürfen und doch in keinem öffentlichen Lokal zusammen sehen lassen! Sie haben mir doch versprochen, daß Sie mich nicht kompromittieren wollen."

„Jo jo, das is wahr," murmelte Bredauer und dachte ein Weilchen nach. Dann sagte er leichthin: „Ich weiß einen Ausweg: Sie lassen halt bei mir, da sind wir ganz sicher vor fremder Neugier und vor hörenden Ueberraschungen. Nein, nein, ich weiß schon, was Sie sagen wollen, aber Ihre gegenwärtige Lage bildet doch einen Ausnahmefall, da müssen Sie sich schon über ein bißchen Bequemlichkeit hinwegsetzen; denn sonst müßte ich wirklich nicht, wie Sie heute etwas zu essen kriegen wollen. Hier ist's doch zu ungemütlich."

„Je aber — ich bin wirklich nicht kleinlich," wandte Frau Carry ein befangen ein: „ich vertraue Ihnen ja auch durchaus, Herr Bredauer — aber — ist es nicht gewagt, gerade in diesem Hause, wo Sie doch jeder kennt — wenn uns jemand auf der Treppe begegnete . . . ich bitte Sie, wenn das in den Brosch kommt, daß ich hier in Ihrer Wohnung gewesen bin!"

„O, da seien Sie ganz außer Sorge," lachte Alois, alle seine schönen, weißen Zähne zeigend. „Ich wohne in einem Gartenpavillon, der an unsere Fabrik angebaut ist. Nach Feierabend ist überhaupt kein Mensch mehr im ganzen Haus außer dem Nachtwächter und der Hausmeisterin, die mir die Wirtschaft besorgt. Also jetzt geben S' einmal Obacht, wie schön wir das arrangieren! Sie setzen sich jetzt in einen geschlossenen Wagen und fahren beiläufig viertel Stunden spazieren. Bis dahin ist's völlig dunkel. Inzwischen kaufe ich das Notwendige ein, und zu der Zeit, wo Sie bei mir vorfahren, habe ich die Hausmeisterin auf eine Besorgung g'schickt und erwarte Sie am Tor; dann kommen Sie herein, ohne daß eine Menschenseele Sie sieht. Die Gegend ist so wie so einsam genug, um diese Zeit können S' sicher sein, daß kein Mensch da draußen promeniert, der irgendwie gefährlich werden könnt'. Nachher bring ich Sie natürlich sicher heim."

„Ja, aber . . . ."

„Nix weiteres! „Aber" gibt es nicht, meine liebe Frau Carry! Denn, wie schon gesagt, ich bin ein Schentelmän."

Diese Sache war also abgemacht. Als das ganze Gepäck heraufgeschafft und verhältnis untergebracht war, empfahl sich Alois Bredauer, um eine Droschke zu holen, und gab dem Kutscher die nötigen Weisungen. Fünf Minuten später hielt der Einspänner vor der Tür des alten Hinderhauses in der Butterweckerstraße, in der Frau Dorns Logis gelegen war, und sobald sie selbst in der Haustür erschien, entfernte sich Alois Bredauer zu Fuß, als ob diese Dame und dieser Einspänner ihn gar nichts angingen. Und während Carry sich so widerstandslos herumfahren ließ, eilte Bredauer nach dem ersten Delikatessengeschäft der Residenz und belud sich mit einem schweren Pack der leckersten Dinge und feinsten Getränke, die zu haben waren. Und dann wickelte sich die Sache ganz programmäßig ab. Pünktlich um acht Uhr hielt der Wagen weit draußen auf Sendlinger Gebiet vor dem Fabrikgebäude. Außer ein paar Kindern und Arbeiterfrauen war kein Mensch zu sehen, und der schöne Alois geleitete seinen Gast durch den dunklen Torweg und über den ausgestorbenen Hof hinüber nach dem Anbau, in dem er einsam hauste.

Frau Carry befand sich in einem geräumigen und äußerst behaglich eingerichteten Zimmer, in dessen Mitte unter einem Lüster, der mit buntem Glas abgedämpfte Glühlämpchen trug, ein kleiner Tisch deckt einladend und geschmackvoll gedeckt war. Feines Porzellan, gediegenes Silber, geschliffenes Kristall und ein Blumen fehlten nicht. Auf dem Büfett und auf der Anrichte daneben waren die eben gekauften Herrlichkeiten aufgestellt, und in einem schönen, getriebenen Kupferkessel lagen bereits zwei Flaschen Sekt auf Eis. Die Fenster waren dicht verhängt. Ein einfarbiger Teppich über den ganzen Fußboden hin machte den Schritt unhörbar. Ein niedriger Diwan mit einer Fülle von Kissen darauf lud zu wohligen Dehnen und Strecken ein, und ein feiner Parfüm schmeichelte sich unfehlbar bei jedem Atemzuge ein. In einer andern Ecke stand ein Stutzflügel, mit einer schönen Seidendecke verhängt und mit Noten vollgepackt. Die Bilder an den Wänden, soweit Carry sie beim ersten Ueberblick erkennen konnte, waren wohl ein wenig frei im Gegenstand, aber von gutem Geschmack.

Die arme kleine Dame aus Stieglitz zitterte so, als sie ihre Jacke ausgezogen hatte, daß sie mit den Zähnen geklappert hätte, wenn sie sie nicht fest aufeinander gebissen hätte. Und doch war es keineswegs kalt im Zimmer. Trotz ihrer einunddreißig Jahre erbebte sie wie ein ganz junges Mädchen vor der Neuheit ihrer Lage. Wäre nur noch irgendein Mensch, ihre Zofe, ihr jüngster Bub, ja selbst eine Bedienung des Gastgebers dabei gewesen, so hätte sie sich sofort in dieser behaglichen Umgebung heimisch gefühlt, und der gute Geschmack, der aus dieser Zimmereinrichtung sprach, hätte ihre Hochachtung vor dem Besitzer nur steigern können. Daß dieser feine Geschmack nicht Herrn Alois Bredauers persönliches Verdienst, sondern einfach für gutes Geld vom Dekorateur bezogen war, daß wußte sie freilich nicht. Ohne diese Wissenschaft jedoch erhöhte der Eindruck des Zimmers entschieden das Vertrauen in die Vornehmheit des Charakters, der sich darin aussprechen schien.

Ohne weitere Vorrede setzten sich die beiden Herrschaften zu Tisch. Carry hatte wirklich rechtschaffen Hunger und Durst, aber in ihrer mädchenhaften Angst wagte sie nicht zuzugreifen, sondern sah sich jeden Bissen und jeden Schluck von ihm aufnötigen, das erhitzte der Wein ihr ein wenig warm machte und der harmlos-lustige Ton, den der schöne Alois in der Unterhaltung anschlug, ihr die Sicherheit der Frau von Weir wiedergegeben begann. Fast eine Stunde hatten sie schon gelabelt und Frau Carry an all den Leckereien herumgenascht, als ihr gesunder Hunger, des Plänkelns müde, sein Recht forderte. Und als Alois sah, daß es ihr so gut schmeckte, ließ er sich auch durch kein Ziehen mehr abhalten, die erste Sektflasche zu entkorken. Sie wollte wirklich nur ein Gläschen nippen, aber das erste Schlüdlein tat so gut, befreite so köstlich von aller Angst und ängstlicher Scheu, daß sie sich das zweite Glas schon ohne Mutren gefallen ließ. Und als sie das dritte Glas an die Lippen setzte, da lächelte sie ihm über den Rand hinweg ein ganz kein wenig kokett zu, in Beantwortung einer ganz klein wenig indiskreten Frage, die er eben an sie zu richten gewagt hatte. Bis dahin hatte er nur so hingeschwätzt und mit keiner Silbe, mit keinem Blick die Grenze überschritten, die gute Sitte zwischen einem Manne von Erziehung und einer Dame von tadellosem Ruf gezogen hat. Nun wurde er ein wenig freier — aber immer noch im Silberreich des angenehmen Schwerenöters. Dessengleich böse zu werden, wäre von ihr dumme Prüderie und überdies undankbar gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

gut verpflegt. Der vierte soll angeblich entrunnen sein. Auf „Mellum" gaben die Banditen an, daß der Kapitän mit seinem Schiff an Land gefahren sei. Der Führer des Tonnenlegers wurde durch Torpedoboot „V 6" unterrichtet, daß der gerettete Teil der Mannschaft auf Wyslapp-Leuchtturm sei und habe nach dort, um auch die mitzunehmen. Wenn es auch auffiel, daß die angeblichen Schiffbrüchigen keine Freude bezeigten, daß ihr Kapitän auch gerettet war, so hatte die Besatzung des Tonnenlegers doch keine Ahnung, was für Gesellen sie an Bord hatten. Erst die nach dem Leuchtturm Gefahrenen erhielten dort Aufklärung und jetzt wurde auch der Führer der „Mellum" verständigt, die Verbrecher im Auge zu behalten. In der Schleuse angekommen, wurden sie der Polizei übergeben. Die an Bord geholtene Geldsumme wird auf 100 000 Mark angegeben. Nach Angabe des Verbrechers, der das Geld und die Papiere an sich genommen hatte, ist ihm dieses beim Hinaufklettern in den Mast verloren gegangen. Ob das stimmt oder ob der fehlende vierte Mann sie mit sich genommen, muß noch festgestellt werden. Hingegen konnte die geraubte goldene Uhr dem Kapitän zurückgegeben werden. Der Schoner ist verloren, da er auseinanderzubrechen droht. Die Ladung hat einen Wert von 20 Millionen Mark. Das Schiff war nur mit 250 000 Mark versichert.

Die festgenommenen Verbrecher sind ein 28jähriger Steuermann Kuhlmann, der als Rädelsführer in Betracht kommt. Er hatte eine längere Strafe zu verbüßen und es gelang ihm, auf dem Transport nach der Strafanstalt in Osnabrück zu entspringen. Der Entrunkene ist noch nicht festgestellt, er wurde von seinen Komplizen nur mit Fritz angeredet. Die anderen beiden Räuber sind zwei Gebrüder Lange. Sie stammen aus Ostpreußen und wohnten zuletzt bei ihren Eltern auf einem Seekutter im Hafen von Finkenwerder. Die Mutmaßungen, daß es entsprungene Hamburger Zuchthäusler waren, trafen nicht zu. Auch ist es nicht richtig, daß die Räuber noch auf das abfahrende Boot geschossen haben.

Rüstringen.

Parteiversammlung. Am Dienstag den 31. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Werftspeisehaus eine Mitgliederversammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei statt. Bei dieser Versammlung, die zugleich als Einigungsfeier gedacht ist, werden die drei Arbeitergesangvereine des Jadegebiets mitwirken. Wir bitten die Gewerkschaften und sonstige Arbeitervereine, auf diese Veranstaltung Rücksicht zu nehmen.

Kartellsitzung. Die Kartelldelegierten werden auf die heute abend bei Arend Frerichs stattfindende Kartellsitzung hingewiesen.

Dänisch-deutsche Option. Frühere Deutsche, die nach Artikel 112 des Vertrages von Versailles infolge der Gebietsabtretung an Dänemark das dänische Indigenat (Bürgerrecht) erworben haben, können bis zum 31. Dezember 1922 für Deutschland optieren, wenn sie über 18 Jahre alt sind, am 15. Juni 1920 Deutsche waren, vor dem 2. Oktober 1918 und noch am 15. Juni in dem abgetretenen Teile Nordschleswigs wohnten und dort jetzt noch wohnen, oder, sofern sie innerhalb des Zeitraumes vom 15. Juni 1920 bis zum 6. Juni 1922 aus dem abgetretenen Gebiet nach Deutschland abgewandert sind, eine dänische Staatsangehörigkeitsbescheinigung besitzen oder die Ausstellung einer solchen Bescheinigung von dem 15. Juni 1922 oder für solche, die erst nach dem 31. Dezember abgewandert sind, vor dem 16. August 1922 beantragt haben. Für die Entgegennahme der Optionserklärungen ist im Landesteil Oldenburg das Ministerium des Innern, in den Landesteilen Lübeck und Birkenfeld die Regierung zuständig. Die Optionserklärungen sind auf vorgeschriebenen Vordrucken abzugeben, die von den Optionsbehörden bezogen werden können. Nähere Auskunft erteilen auf Anfrage das Ministerium des Innern in Oldenburg und die Regierung in Eutin und Birkenfeld.

pr. **Aufrücken schwerbeschädigter Beamten in höhere Besoldungsgruppen.** Gelegentlich der Beratungen des Entwurfs der Anstellungsgrundsätze wurde festgestellt, daß planmäßig angestellte Schwerbeschädigte (Inhaber des Beamtenscheines) sich innerhalb der dreimonatigen Frist, die am 1. Dezember 1922 abläuft, für Stellen höherer Besoldungsgruppen nach vormerken lassen können, da ihnen die Möglichkeit zu solchen Vormerkungen bisher fehlte. Der Beamtenschein (vorläufiger Ausweis) ist bei Erfüllung der Voraussetzungen des § 33 des Reichsversorgungsgesetzes gegen Rückgabe des Anstellungsscheines auch solchen Schwerbeschädigten zu erteilen, die auf Grund des Anstellungsscheines bereits planmäßig angestellt sind. Um eine Schädigung dieser Beamten zu vermeiden, bittet der Reichsarbeitsminister die nachgeordneten Dienststellen im Reich, in den Ländern und Gemeinden, den schwerkriegsbeschädigten Beamten, die eine Anstellung lediglich deshalb annahmen, um einstweilen versorgt zu sein, die aber für höhere Besoldungsgruppen geeignet sind, auf die Bestimmungen des § 65 der Anstellungsgrundsätze vom 26. Juni 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1922, S. 445) besonders hinzuweisen und die Anstellungsbehörden zu veranlassen, daß sie Vormerkungen solcher Beamten für höhere Besoldungsgruppen auf Grund des „vorläufigen Ausweises an Stelle des Beamtenscheines" — oder möglichst auch zunächst ohne diesen — unter Erbehalt der nachträglichen Beibringung des Beamtenscheines vornehmen.

pr. **Wem gehört das Rad?** Der Eigentümer eines Herrenfahrrades, Marke Naumann „Germania", Nr. 841 406, hat vermutlich in Rüstringen-Wilhelmshaven im März oder April gestohlen wurde, kann sich bei der Gendarmerie melden.

pr. **Zugelaufene Hunde.** Auf dem Fundamt Jadestraße 9 sind zwei Hunde als zugelaufen angemeldet. Diese kommen am Freitag den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Hofe des Rathauses Jadestraße zur Versteigerung, falls sich bis dahin die Eigentümer nicht melden.

pr. **Freie Volksbühne.** In elf Abendabteilungen und einer Sonntagsnachmittags-Abteilung ging in diesem Monat für die Mitglieder das Lustspiel „Die goldene Eva" über die Bretter. Die zwite Abteilung hat noch morgen (Freitag) und die erste am Montag ihren Spielabend. Alle Abteilungen sind mit 450 Mitgliedern besetzt, bis auf die elfte und die Sonntagsnachmittags-Abteilung. An die elfte Abteilung können demnach morgen abend noch Mitglieder sich anschließen. Der November ist für Gerhart Hauptmann ausersehen. Für die Mitglieder ist sein „Fuhrmann Henschel" gewählt. Außerdem wird voraussichtlich auch der erste Literarische Abend diesem Dichter gewidmet sein.

Wilhelmshaven.

Nachforschungen nach Deutschen in Amerika. Das Auswärtige Amt gibt bekannt: Alle Anträge auf Nachforschungen nach dem Verbleib von Deutschen und Deutschstämmigen in den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie nach deren persönlichen Verhältnissen sind nicht an die deutschen Konsulardehörden in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern an das Reichswanderungsamt in Berlin NW. 6, Luisenstraße 31 a, zu richten. Diese Behörde verfügt über umfangreiche Kartotheken, Adreßbücher und anderes Material und kann oft sofort eine ausreichende Auskunft erteilen. In den Fällen, die noch einer Mitwirkung der deutschen Auslandsbehörden bedürfen, arbeitet das Reichswanderungsamt diesen vor durch Einholung der fehlenden Unterlagen. Dadurch wird den Gesuchstellern Zeit und Geld erspart.

Skorbutähnliche Erkrankungen. Skorbutähnliche Erkrankungen sind in letzter Zeit aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet worden. Es handelt sich um schwere Erkrankungen und solche aus Krankenhäusern. Man nimmt deshalb an, daß zahlreiche leichtere Fälle nicht richtig erkannt worden sind. Die Krankheit kann besonders im Winter gefährlich werden. Ursache ist Mangel an genießbaren Nährstoffen, den sog. Vitaminen in der menschlichen Nahrung. Dies läßt sich aber leicht vermeiden und auch die ersten Anfänge der Krankheit beseitigen. Die notwendigen Vitaminen finden sich besonders in grünen Gemüsen, Salaten, besonders Tomaten, Obst und Fruchtsäften, Kartoffeln, gut gekrönnener Milch und Eiern. Diese Nahrungsmittel sind für die große breite Masse des Volkes zum Teil unerschwinglich, so daß die Gefahr gerade hier besteht.

Abfindung der Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung. Das Recht auf den Bezug des Witwengeldes nach dem Militärhinterbliebenengesetz und der Witwenrente nach dem mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getretenen Reichsversorgungsgesetz erlischt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe sich wieder verheiratet. Während jedoch das Militärhinterbliebenengesetz der Witwe keinen Rechtsanspruch auf Zahlung einer Abfindung anstelle des Witwengeldes gab, der Witwe vielmehr unter bestimmten Voraussetzungen aus Billigkeitsgründen lediglich eine Zuwendung gewährt werden konnte, ist durch das Reichsversorgungsgesetz ein Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Witwe auf Abfindung im Falle der Wiederverheiratung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente allgemein anerkannt worden. Da dieser Rechtsspruch erst neu geschaffen worden ist, so muß die Wiederverheiratung, an die das Gesetz das Abfindungsrecht knüpft, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sein. Eine weitere rückwirkende Kraft legt sich das Gesetz nicht bei. Die Witwe muß außerdem grundsätzlich gerade ihrer Wiederverheiratung einen Rechtsanspruch auf Witwenrente nach dem Reichsversorgungsgesetz erhoben haben, sei es, daß sie die Rente nach Maßgabe dieses Gesetzes tatsächlich bezog, sei es, daß ihre nach dem Militärhinterbliebenengesetz festgesetzte Versorgung nach dem für sie günstigeren Reichsversorgungsgesetz mit Wirkung von 1. April 1920 ab noch umzuwandeln war.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Schauspielhaus. Täglich wird das Lustspiel „Die goldene Eva" mit Lothar Firmans in der Hauptrolle aufgeführt. Am Sonnabend ist eine Wiederholung der Schillervorstellung, gespielt wird Schillers „Kabale und Liebe". Einheitspreis 15 Mark.

Oldenburg.

Betriebsunfall auf dem Verschiebebahnhof. Der Rangierdienst fordert regelmäßig seine Opfer. Nachdem bereits am Sonnabend auf dem Verschiebebahnhof ein Unfall sich ereignet hat, der für den Betroffenen noch leidlich abgeht, hat sich gestern ein weiterer Unfall ereignet. Der Rangierbremser Ahlhorn aus Bürgerfelde geriet beim Rangieren unter einen herauszurollenden Wagen so unglücklich, daß ihm der Oberschenkel abgefahren wurde. Das Personal klagt, daß der Verschiebebahnhof mit Güterwagen vollgepfropft ist, der Dienst so dadurch ein äußerst schwerer und gefahrvoller.

Der Senior der oldenburgischen Buchdrucker, Maschinenmeister a. D. Krapf, ist im Alter von 82 Jahren verstorben. Er stammte aus Nordhausen, aber Oldenburg war ihm seine zweite Heimat geworden. Ueber 60 Jahre war er in der Schulzeschen Hofbuchdruckerei tätig, bis die abnehmenden Kräfte ihn vor reichlich fünf Jahren zwangen, seinen Platz an der Maschine endgültig an einen jüngere Kraft abzutreten. Selten hat ein Buchdrucker noch in so hohem Alter seinen Posten ausfüllen können. Krapf erfreute sich in den Kreisen seiner Berufskollegen und darüber hinaus wegen seines freundlichen Wesens großer Beliebtheit.

Kaninchen-Ausstellung Oldenburg. Die Bezirksvereinigung oldenburgischer Kaninchenzucht-Vereine E. V. hat in ihrer letzten Quartalsversammlung beschlossen, auch in diesem Jahre wieder eine große Allgemeine Kaninchen- und Produkten-Ausstellung in Oldenburg abzuhalten, und zwar am 25. und 26. November in den Räumen des „Lindenhofes" hierselbst. Die Kaninchenzüchter tun deshalb gut, ihre Tiere schon jetzt darauf einzurichten, damit sie am Tage der Schau konkurrenzfähig sind.

Vermischtes.

Der Milliardenwert unseres Wildes. Auf die große Bedeutung, die das Wild für unsere Ernährung besitzt, und die ungeheuren Werte, die es gegenwärtig darstellt, weist eine Zusammenstellung des „St. Hubertus" hin, die von den Statistiken vor dem Kriege ausgeht. Nach den damaligen Feststellungen wurden jährlich in Deutschland erlegt: 22 500 Hirsche, 19 800 Stück Damwild, 160 000 Rehe, 14 000 Sauen, 4 Millionen Hasen, 500 000 Kaninchen, 14 500 Stück Auer-, Birk- und Haselgeflügel, 4 Millionen Rebhühner, eine Million Fasanen, 400 000 Wildenten, 80 000 Schnepfen und Bekassinen. Diese Zahlen dürften in Wirklichkeit noch viel höher sein, denn abgesehen von dem Wild, das Wilderer beiseite brachten, hat es stets viele Jäger gegeben, die sich nicht in die Karten gucken ließen und deshalb den Ertrag ihrer Jagden zu gering angaben. Nach dem damaligen Geldwert konnte der durchschnittlich jährlich in Deutschland erlegte Wild mit 90 Millionen Mark beziffert werden. Nun ist freilich durch die Wildstand erheblich zurückgegangen, aber wenn wir auch viel geringere Erträge gegenwärtig annehmen, so ergibt sich doch ein Wertwert unseres Wildes, der verschiedene Milliarden beträgt.

Zuviel Champagner. Die Champagnervorräte sind in Frankreich so groß, daß man beschlossen hat, in diesem Jahre überhaupt keinen Champagner herzustellen. Wie der Präsident der Champagnerhändler in Frankreich, Bertrand de Mum, in einem Pariser Blatt ausführt, hat der Verkauf des französischen Champagners in letzter Zeit sehr abgenommen, und so sind große Mengen übrig geblieben. Während Frankreich vor dem Kriege 30 Millionen Flaschen Champagner jährlich ausführte, sind es jetzt nur noch 20 Millionen. Man will daher die diesjährige Erzeugung von Champagnerweinen einfach in Fässer füllen und sie als nichtmousierende Weine verkaufen.

Briefkasten.

Jahrige Tätigkeit. Der Kutscher Hermann Grapmeier feiert morgen, 27. d. M., den 25. Jahrestag seiner Tätigkeit bei der Brotfabrik M. Henning. Er hat für seine Firma jahrelang besonders die Landkundschaft der Umgegend besucht und ist dort wegen seines stets freundlichen und redlichen Wesens sehr beliebt.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

N. St. Freitag abend 7 Uhr, Fraktionssitzung im Stammlokale des Rathauses Wilhelmshavener Straße.

Distrikte 11, 12, 13 und 14. Sonnabend den 28. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Konfirmandensaal, Werftstraße, eine Distriktsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ricke über Gerhart Hauptmann. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen aller Genossinnen und Genossen wird erwartet. Der Distriktsführer.

Jungsozialisten-Gruppe. Heute, Donnerstag, Zusammenkunft im Parteibureau. (Faust.)

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Ricke, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schade, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Die Entwicklung der Schiffbau-Technik.

Von Eugen Georg.

Aus den primitiven Formen des Floßes, des Balgschiffes und des Einbaums hat sich noch vor der historischen Zeit das Plankenschiff entwickelt. Bei den Aegyptern — ihre Lehrmeister waren phönizische Seeleute — kommen schon die verschiedensten Schiffstypen, angefangen von der Lustjacht und dem Transportschiff bis zu schweren Kauffahrtei- und Kriegsschiffen vor. Diese ganz aus Holz erbauten Fahrzeuge werden gerudert, die Segel spielen eine mindere Rolle. Den größten Triumph feierte die Schiffbautechnik des ganzen Altertums mit dem Riesenschiff, das Hiero von Syrakus 264 v. Chr. erbauen ließ, der „Alexandria", die durch 1000 Ruderer fortbewegt wurde, 124 Meter lang war und in ihrem Innern 60 Zimmer und Säle, dann Küchen, Gärten, ein Gymnasion, eine Bibliothek, Bäder, Bichhälle usw. barg.

Die sogenannten „Wikingerschiffe" aus dem 1. Jahrtausend n. Chr. waren technisch glänzend durchkonstruierte, für die hohe See geeignete Fahrzeuge. Ein nach dem Muster eines ausgegrabenen 800 gebauten Wikingerschiff erbrachte, ausgerüstet und mit 23 Ruderern bemannt, den Beweis seiner Seetüchtigkeit durch eine glücklich zurückgelegte Reise von Bergen nach Neufundland.

In der Hansazeit baute man hochbordige „Koggen", die bei 200 Tonnen Ladefähigkeit überdies 100 Bewaffnete und 20 Pferde aufnehmen konnten. Seit 1300, insbesondere seit der Erfindung des Kompasses und der Einführung brauchbarer Seekarten durch die Italiener, beginnt die Verdrängung der Ruderschiffe durch die Segler. Die Takelage der Segelschiffe erreicht aber erst Jahrhunderte später wieder jenen hohen Grad der Entwicklung, den sie einst in der Griechenzeit innegehabt hatte, und die Kunst des Manövrierens, die es ermöglicht, auch bei ungünstigen Winden durch entsprechende Stellung der Segel die verschiedensten Bewegungen auszuführen, wird erst im 16. Jahrhundert wieder bekannt. Die „Karavellen" des Vasco de Gama, des Kolumbus, des Magellan waren Schiffe von 20 bis 25 Meter Länge mit einem Deplacement von etwa 230 Tonnen, die höchstens 7 Seemeilen in der Stunde zurücklegen konnten.

Um 1500 beginnt man ausschließlich für Kriegszwecke bestimmte Schiffe zu bauen. Der Dreidecker „Sovereign of the Sea" der englischen Marine galt lange Zeit als das großartigste Schiff der Welt, und tatsächlich ist dieser Typ fast 200 Jahre lang vorbildlich für die Linienschiffsneubauten aller Marinen geblieben. Die letzte große Seeschlacht zwischen Segelschiffen war die von Trafalgar 1805, und zwei Jahre später beginnt mit der ersten gelungenen Fahrt eines durch Dampf fortbewegten Schiffes eine neue Aera des Schiffsbaues.

Die Versuche, Schiffe ohne Anwendung von Ruder oder Segel, durch mechanische Mittel fortzubewegen, lassen sich bis 1584 zurückverfolgen, aber erst 1807 gelingt es Robert Fulton, ein praktisch verwendbares Dampfschiff zu konstruieren. Am 7. Oktober jenes Jahres fand mit der „Clermont" auf dem Hudson die erste Versuchsfahrt statt, die so glänzend ausfiel, daß sogleich regelmäßige Passagierfahrten zwischen Neuyork und Albany eingerichtet wurden. 1812 gab es in Nordamerika bereits 50 Dampfschiffe, im gleichen Jahre abfolvierte auch der von Henry Bell erbaute Dampfer „Comet" als erstes europäisches Dampfschiff seine Versuchsfahrten. 1819 überquerte zum erstenmal ein Dampfer, die „Savannah", in 26 Tagen den Atlantischen Ozean, aber es brauerte 20 Jahre, ehe ein regelmäßiger Passagierverkehr zwischen Europa und Amerika eingerichtet wurde, da die den ersten Dampfschiffen anhaftenden Mängel erst verbessert werden mußten. Noch 1836 erklärte der Professor der Physik an der Londoner Universität den Gedanken, eine ozeanische Dampfschiffahrt eröffnen zu wollen, für ebenso unausführbar, wie den, eine Reise nach dem Monde zu unternehmen. 1838 begannen die Dampfschiffe den „Liners", schon eingerichteten Segelschiffen, die bis dahin den Post- und Personentransport zwischen Liverpool und Neuyork besorgten, Konkurrenz zu machen, und bald war dieser Kampf — wohl hauptsächlich wegen der Unberechenbarkeit der Reisedauer auf Segelschiffen — zugunsten der neuen Erfindung entschieden. Die Entwicklung der Dampfschiffahrt in den nächsten Jahrzehnten vollzieht sich nun in einem atemberaubenden Tempo. Die Wasserschraube (Propeller) verdrängt das Schaufelrad, eiserne Schiffe die hölzernen.

1857 wurde die „Great Eastern" vom Stapel gelassen, für fast 50 Jahre das größte Schiff der Welt, ein Ungetüm von 210 Meter Länge und einer Wasserverdrängung von 27 400 Tonnen, deren Konstruktion aber so verfehlt war, daß sie, nachdem sich ihre Unbrauchbarkeit für Passagiertransporte herausgestellt hatte, nur noch zum Legen des europäisch-amerikanischen Kabels, als schwimmendes Hotel, für Ausstellungszwecke usw. verwendet werden konnte, bis sie 1890 auf Abbruch verkauft wurde.

In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beginnt der Wettkampf der englischen und den deutschen Reedereien um das „Blaue Band" der Atlantik, benötigte man 1850 noch 11—12 Tage zur Ueberquerung des Atlantischen Ozeans, so war die Reisedauer 1890 auf sieben, in den Jahren vor dem Kriege aber auf fünf Tage heruntergedrückt worden. Mit der Schnelligkeit der Schiffe steigerten sich auch deren Dimensionen ins Riesenhafte.

Um 1900 baute man Schiffe von 19—20 000 Tonnen, die 21 Knoten liefen. Bei Kriegsausbruch waren die größten aller existierenden Schiffe die Hapagdampfer „Imperator" und „Vaterland" mit je 117 000 Brutto-Register-Tonnen (22½ und 24 Knoten). Der während des Krieges von der Kaiserwerft in Auftrag gegebene „Bismarck" (56 000 Brutto-Register-Tonnen), der auf Grund des Friedensvertrags ausgeliefert werden mußte, fährt jetzt — er wurde von der White-Star-Linie übernommen — unter dem Namen „Majestic". Er ist bis zum heutigen Tag das größte Schiff, das jemals gebaut wurde. Die Amerikaner, die aber jeden Rekord brechen wollen, planen gegenwärtig den Bau von zwei Riesendampfern, die alles Dagewesene in bezug auf Größe, Stärke und Schnelligkeit übertreffen sollen, so daß die Fahrt nach Europa nur mehr vier Tage lang dauert. Diese Schiffskolosse werden 305 Meter lang und 30 Meter breit sein und durch 110 000 PS-Maschinen eine Geschwindigkeit von 30 Knoten erhalten. Damit würden sie die derzeit schnellsten Dampfer der Welt, die Cunard-Dampfer „Lusitania" und „Mauretania" (26 Knoten) schlagen. Eines der schnellsten Schiffe war die Dampfjacht „Arrow", die 39,13 Knoten (72 Kilometer) lief. Motorboote (das erste wurde 1882 auf der Seine in Paris gezeigt) und Turbinenschiffe (mit Explosionsmotoren, seit 1894 gebaut), denen die Zukunft gehört, erreichen ähnliche Geschwindigkeiten.

Während des Krieges bauten die Amerikaner Einheitsschiffe (Serienschiffe) und Holzschiffe. Angesichts der verfeuerten Kohle ist nicht nur das mit Oel betriebene Schiff, sondern auch das Segelschiff wieder zu Ehren gekommen. In den letzten Jahren hat man auch zum Zweck von Eisenbetonschiffen übergegangen, die sich gut bewähren.

Das Schaf.

„Gott zügelt den Sturm für das geschorene Schaf," sprach der Pfarrer.

„Ich werde das Tor des Feldes schließen, damit das Vieh nicht friere," sprach der Philantrop.

„Wenn ihr mir die Wolle gebt," sprach der Wohltäter, „dann will ich dem armen Geschöpf die Hälfte davon überlassen."

„Die Schafe haben wir immer unter uns," sprach der Spekulant.

„Schafe müssen geschoren werden," sprach der Geschäftsmann. „Reicht mir die Schere."

„Wir müssen ihr genug Wolle lassen, damit es sich einen Mantel machen kann," sprach der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft.

„Es geht ihm bereits besser," meinte der Gutsbesitzer, „nächstes Jahr wird seine Wolle schon länger."

„Wir müßten verhüten, daß dem Scheren in sein Fleisch geschnitten werde," sprach der Gesetzgeber.

„Ich aber," sprach der Radikale, „will das ganze Scheren abschaffen."

Da stürzten sich die anderen auf ihn, warfen ihn hinaus und teilten die Wolle unter sich.

Aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen.

Landesbibliothek Oldenburg